



1. Zürcher Politbarometer

Studie im Auftrag des Forum
Zürich

sotomo

gesellschaft, politik & raum 



Autoren (alphabetisch):

Lorenz Bosshardt

Michael Hermann

Thomas Milic

Mario Nowak

sotomo GmbH

Winterthurerstrasse 92

8006 Zürich

14. März 2017

Inhaltsverzeichnis

Zur Studie	2
Problembarometer	3
Problemwahrnehmung in der Stadt Zürich	4
Problemwahrnehmung im Kanton Zürich	11
Institutionen	14
Verkleinerung des Stadtrates von 9 auf 7 Mitglieder	14
Kooperation zwischen Stadt Zürich und Kanton	15
Finanzen	17
Sparpotenzial und Mehrausgaben	17
Prioritäten der Parteianhängerschaften	18
Wirtschaft	21
Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit	21
Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit	23
Detailhandel und Gastronomie	26
Stadtentwicklung	30
Wohnungsbau	30
Infrastrukturen mit Nachholbedarf	35
Haltung zum Ausbau des Parkplatzangebots	37
Entwicklung Hochschulquartier und Universitätsspital	42
Öffentliche Dienste	44
Spitäler	44
Kinderbetreuungsangebot	45
Bewertung der Polizei	49
Räumung von Hausbesetzungen	51
Politikerinnen und Politiker: Bekanntheit und Zufriedenheit	53
Stadtrat	53
Regierungsrat	57
Methodik	60

Zur Studie

Inhalte

Dieses erste Zürcher Politbarometer wurde im Auftrag vom Forum Zürich durch die Forschungsstelle sotomo durchgeführt. Die Befragung fokussiert thematisch auf die Stadt Zürich. Die Befragungsteilnehmer wurden jedoch im ganzen Kanton Zürich rekrutiert. Dadurch sind systematische Vergleiche der Meinungsprofile von Stadt und Kanton Zürich möglich.

Die Studie gliedert sich in drei Teile. Im ersten, allgemeinen Teil geht es um die drängenden Probleme der Befragten Zürcherinnen und Zürcher. Im zweiten Teil werden spezifische Fragen zur Stadtzürcher Politik vertieft. Im letzten Teil folgt das Bekanntheits- und Zufriedenheitsranking der Stadt- und Regierungsräte. Auszüge aus dem ersten und dritten Teil stehen dem der NZZ als Medienpartnerin zur Publikation zur Verfügung. Der mittlere Teil, der in Zusammenarbeit mit dem Forum Zürich erarbeitet wurde, darf nur mit Einwilligung des Forum Zürich weitergegeben oder publiziert werden.

Bemerkungen zur Grundgesamtheit

An der vorliegenden Befragung haben sich grossmehrerheitlich Personen beteiligt, die an Wahlen und Abstimmungen regelmässig teilnehmen. Zuverlässige, repräsentative Aussagen sind somit nur für die aktiven Stimmberechtigten des Kantons bzw. der Stadt Zürich möglich. Die Meinung der Stimmbastinenten (bzw. jenen die nur selten an Abstimmungen oder Wahlen teilnehmen) bleibt ausgeklammert. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

In der Studie werden Aussagen zu zwei Grundgesamtheiten gemacht: Für die stadtzürcherischen Fragestellungen wurden nur die Antworten der Stimmberechtigten der Stadt Zürich berücksichtigt. Für kantonale jene des gesamten Kantons inkl. Stadt Zürich. In jenen Fällen, in denen Stadtzürcher und kantonale Stimmberechtigten miteinander verglichen wurden, ist zu beachten, dass erstere eine zahlenmässig starke Subgruppe der letzteren darstellen. Mit anderen Worten: Wann immer kantonale Werte ausgewiesen werden, sind darin auch die Stadtzürcher Befragten enthalten.

Problembarometer

Welches sind aktuell die grössten Probleme und Herausforderungen der Stadt und des Kantons? Die Befragten erhielten die Möglichkeit, aus einer Liste von 20 Problemfeldern maximal drei anzugeben, die ihrer Ansicht nach die dringendsten Herausforderungen darstellen.

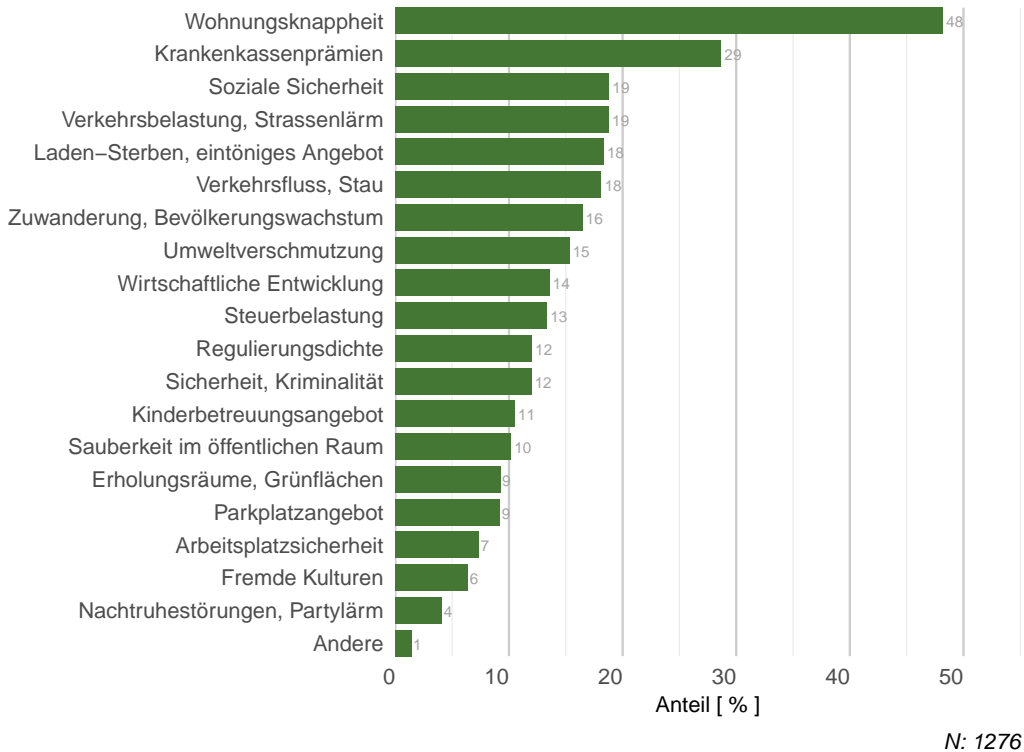


Abbildung 1: Wichtigste Problemfelder, Stadt Zürich

Die Problemwahrnehmung ist nicht zu verwechseln mit persönlicher Betroffenheit. Diese spielt sicherlich auch bei den vorliegenden Problemnennungen eine Rolle, wie aus Projektionstheorien her bekannt ist: Je stärker man persönlich betroffen von einem Problem ist, desto eher sieht man dies auch als eine allgemeine Herausforderung für Stadt und Kanton. Wie im Anschluss gezeigt werden soll, betrachten viele Befragten die Wohnungsknappheit als eines der drängendsten Probleme Zürichs. Das heisst aber nicht zwingend, dass sie selbst davon betroffen sind. Vielmehr anerkennen die Befragten die Wohnungsknappheit – unabhängig von ihrer persönlichen Wohnsituation – als ein akutes Problem der Stadt Zürich. Daneben fliessen aber auch andere Faktoren in

der Bewertung des Problemhaushalts von Kanton und Stadt ein, so zum Beispiel die Medienberichterstattung, u.a.m.

Problemwahrnehmung in der Stadt Zürich

Abbildung 1 zeigt die Rangliste der wichtigsten Problemfelder des Stadtzürcher Stimmkörpers. Das Stadtzürcher Problembewusstsein wird von einem Thema dominiert: Die Wohnungssituation. Für fast die Hälfte aller Personen (48 Prozent) stellt die Wohnungsknappheit ein Zürcher Problem dar. Auf Platz zwei folgen die Krankenkassenprämien (29 Prozent). Danach folgen, ebenfalls mit grossen Abstand, die soziale Sicherheit (18 Prozent) und die Verkehrsbelastung (18 Prozent). Für die folgenden Auswertungen nach soziodemographischen Merkmalen wurden jeweils nur die Top 10 Problemfelder dargestellt.

Einfluss der politischen Ausrichtung

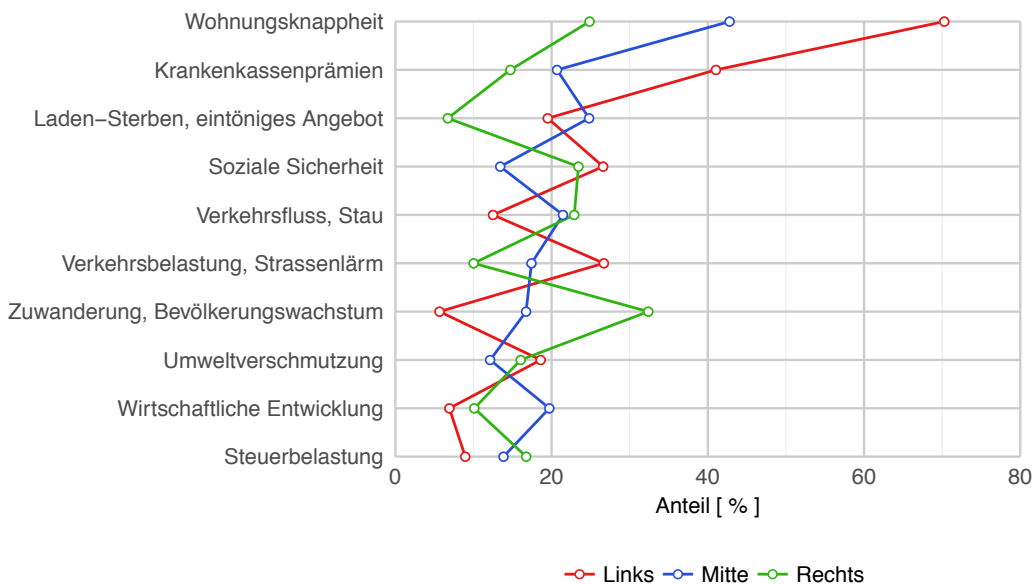


Abbildung 2: Wichtigste Problemfelder nach politischer Selbstpositionierung, Stadt Zürich

Das Problembewusstsein wird – wenig überraschend – von politischen Grundüberzeugungen geprägt. Obwohl hier von Prägung die Rede ist, ist die Kausalität der Richtung

zwischen Problemwahrnehmung und politischer Orientierung keineswegs klar und vermutlich eine der brisantesten politischen Fragen überhaupt: Wird die Wahrnehmung von Problemen von der politischen Architektur unseres Denkens vorstrukturiert oder ist es die tagtägliche Konfrontation mit spezifischen Problemen, die unsere politischen Orientierungen färbt? Darauf geben die folgenden Auswertungen auch keine Antworten. Aber sie belegen eindrucksvoll, dass sich die Problemnennungen zwischen den Wählerschaften erheblich unterscheiden.

Wohnungsknappheit, Krankenkassenprämien und Verkehrsbelastung werden vor allem bei politisch links eingestellten Personen als Probleme genannt. Zuwanderung und fremde Kulturen sind hingegen für politisch rechts gesinnte Personen die drängendsten Probleme. Der Problemhaushalt der FDP-Wählenden wiederum wird von wirtschaftlichen oder zumindest wirtschaftsnahen Themen dominiert: Die Wirtschaft im Allgemeinen, die Steuerbelastung, die Regulierungsdichte und zuletzt auch Staus sind aus Sicht der FDP-Wählenden die grössten Herausforderungen Zürichs.

Unterschiede nach soziodemographischen Merkmalen

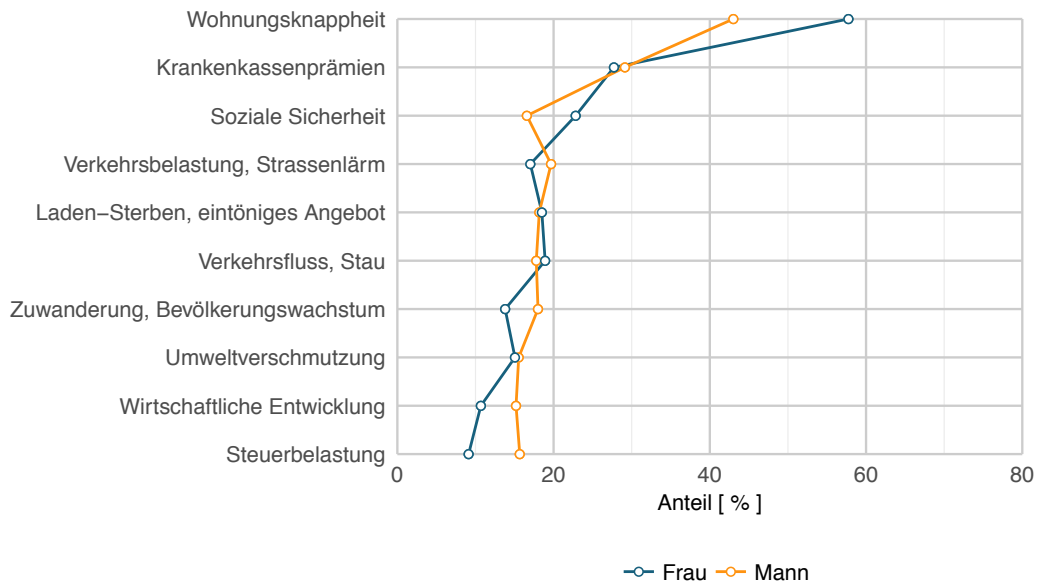


Abbildung 4: Wichtigste Problemfelder nach Geschlecht, Stadt Zürich

- Mit wenigen Ausnahmen stufen Frauen und Männer die Herausforderungen der Stadt Zürich sehr ähnlich ein. Diese Ausnahmen betreffen die Wohnungsknappheit, welche von Frauen signifikant häufiger genannt wurde, und die Steuerbelastung, die das Problembewusstsein der Männer stärker prägt als dasjenige der Frauen.

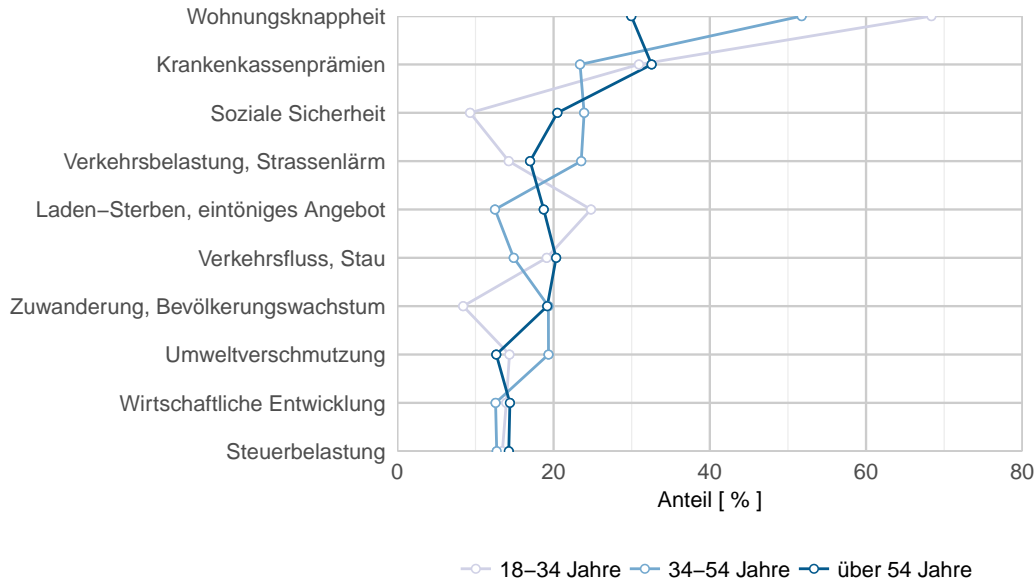


Abbildung 5: Wichtigste Problemfelder nach Altersgruppen, Stadt Zürich

- Die Wohnungsknappheit wird sowohl von den 18-34-Jährigen wie auch von den den 34-54-Jährigen sehr häufig als Problem wahrgenommen. Der Anteil Nennungen beträgt bei den jungen Stadtzürcher Stimmberechtigten (18-34 Jahre) knapp 70 Prozent. Dagegen ist die Wohnungsknappheit im Problembewusstsein der über 54-Jährigen deutlich weniger präsent. Bei ihnen beträgt der Anteil Nennungen gerade mal 25 Prozent. Zweifellos hat dies auch mit der persönlichen – aktuellen wie auch prospektiven – Wohnsituation zu tun: Jüngere werden mit dem Problem der Wohnungssuche viel eher konfrontiert als Ältere.
- Umgekehrt empfinden nur rund 10 Prozent der 18-34-Jährigen die soziale Sicherheit als Problem. Von den älteren Generationen wird sie von über 20 Prozent als Problem genannt. Offenbar wird die Frage der sozialen Absicherung mit dem Eintritt in die Familienphase erst akut.
- Interessanterweise empfindet rund ein Viertel aller 18-34-Jährigen das Laden-Sterben als Problem, was dem höchsten Wert zwischen den Alterskategorien entspricht.
- Die jüngeren gehen gelassener mit der Zuwanderung und dem Bevölkerungswachstum um als die über 34-Jährigen. Mit 9 Prozent wird sie von der jüngeren Altersgruppe weniger als halb so oft genannt wie von den beiden älteren.

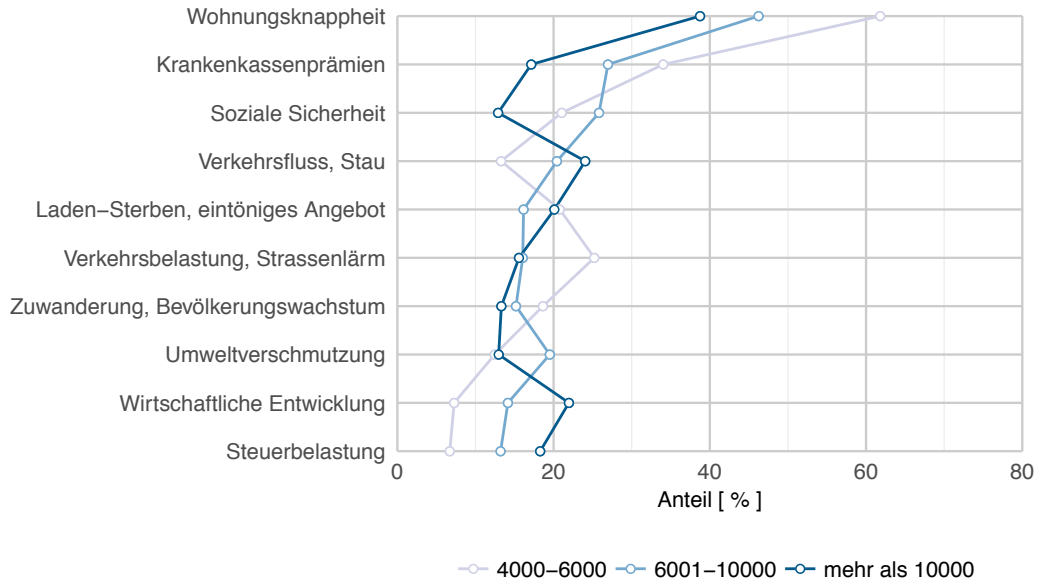


Abbildung 6: Wichtigste Problemfelder nach (monatlichem) Haushaltseinkommen, Stadt Zürich

- Personen mit tiefen Einkommen sorgen sich klar überdurchschnittlich um Themen, die eine direkte Verbindung zur eigenen finanziellen Situation aufweisen. Von Wohnungsknappheit und Krankenkassen-Prämien ist diese Personengruppe überdurchschnittlich betroffen. Interessanterweise wird jedoch soziale Sicherheit von den Geringverdienenden nicht überdurchschnittlich oft als Problem genannt.
- Dafür wird Verkehrsbelastung/Strassenlärm von den Geringverdienenden besonders oft erwähnt.
- Gutverdienende sorgen sich dagegen vermehrt um den Verkehrsfluss.
- Erwartungsgemäss sehen Gutverdienende die Steuerbelastung sowie die wirtschaftliche Entwicklung häufiger als dringendes Problem an als die Gesamtpopulation.

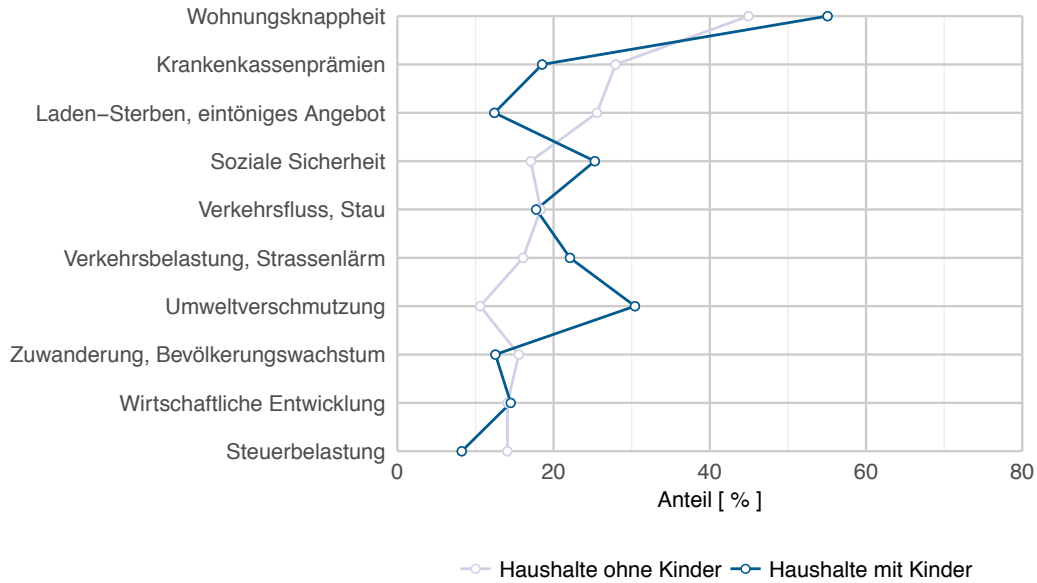


Abbildung 7: Wichtigste Problemfelder nach Personen mit und ohne Kinder, Stadt Zürich

- 56 Prozent der Personen mit Kindern erachten die Wohnungsknappheit als drängendes Problem. Der Wert liegt deutlich über dem städtischen Schnitt und bringt zum Ausdruck, dass Familienwohnungen in der Stadt besonders schwierig zu finden sind.
- Auffällig ist, dass Personen mit Kindern das Thema Umweltverschmutzung besonders häufig als Problem wahrnehmen. Darin kommen womöglich Sorgen um die eigenen Kinder zum Ausdruck.

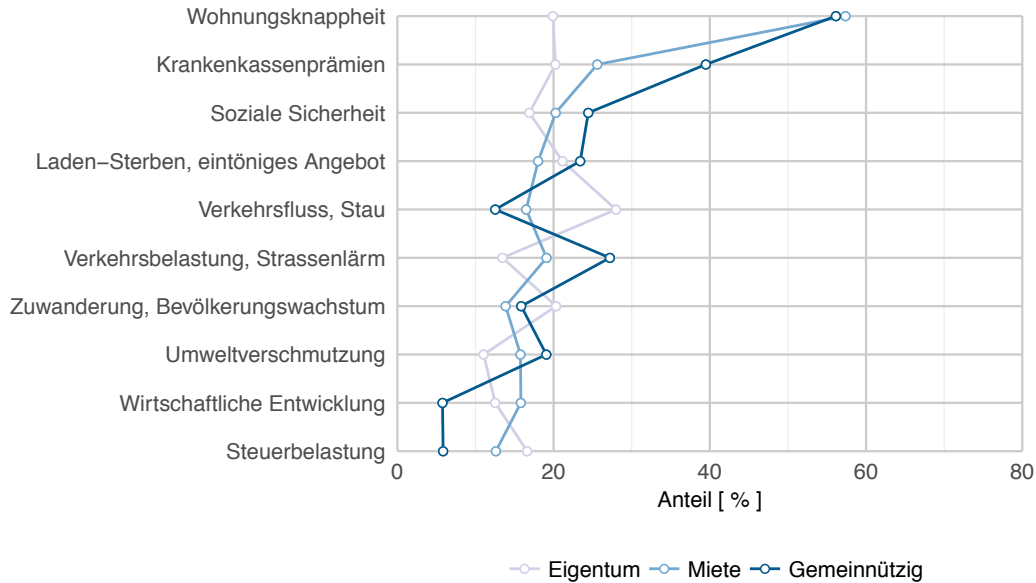


Abbildung 8: Wichtigste Problemfelder nach Wohnform, Stadt Zürich

- Personen mit Wohneigentum schätzen die Wohnungsknappheit massiv unterdurchschnittlich ein. Nur jede Fünfte sieht darin ein drängendes Problem. Wer Wohneigentum in der Stadt Zürich besitzt, ist in der Regel finanziell gut abgesichert und kann sich dem Druck der Wohnungssuche entziehen.
- Genossenschaftsbewohner und Mieter schätzen die Wohnungsknappheit mit gegen 60 Prozent ähnlich wichtig ein.
- Genossenschaftsbewohner stören sich eher am Strassenverkehr, Eigentümer dagegen am mangelnden Verkehrsfluss.

Problemwahrnehmung im Kanton Zürich

Annähernd ein Drittel des kantonalzürcherischen Stimmkörpers benennt die Krankenkassenprämien, die Wohnungsknappheit sowie die Zuwanderung als wichtiges Problemfeld. Im Vergleich zum Problemhaushalt der Stadtzüricher/innen wird die Zuwanderung deutlich öfters genannt. Die Differenzen zwischen Stadt und dem Rest des Kantons sind noch grösser als hier ausgewiesen, denn die Stadtzüricher Stimmbevölkerung ist ja auch im kantonalen Ranking anteilmässig (zu rund einem Viertel) vertreten ist.

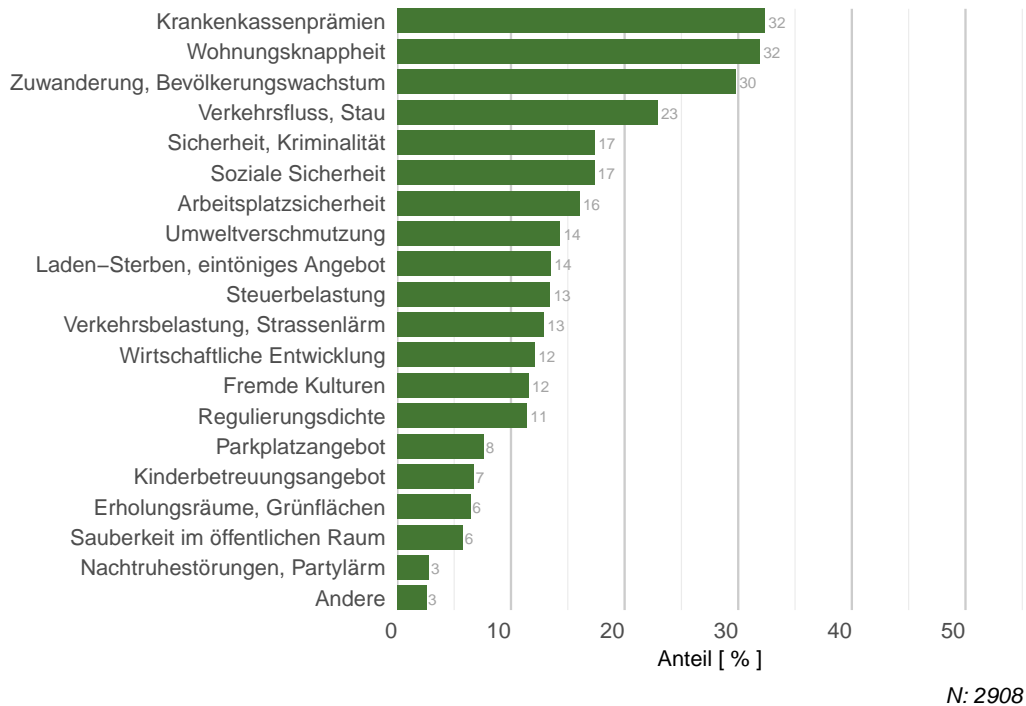


Abbildung 9: Wichtigste Problemfelder, Kanton Zürich

Räumliche Unterschiede

Abbildung 10 zeigt die Differenzen zwischen den Siedlungstypen und unterscheidet zwischen Stadt, Land und Agglomeration. Zur Stadt werden die beiden Grosstädte Zürich und Winterthur gezählt – die Werte weichen also von den Werten der Stadt Zürich ab.

Die Einschätzungen von Land und Agglomeration gleichen sich dabei stark. Grosse Abweichungen zur städtischen Sicht ergeben sich vor allem bei der Frage nach der Zuwanderung, dem Verkehrsfluss, der Sicherheit (Kriminalität) und der Arbeitsplatzsicherheit. Im Kanton sind diese Problemnennungen sehr präsent, während sie in der Stadt deutlich seltener genannt werden. Im Gegensatz dazu benennen erheblich weniger Personen von der Agglomeration und dem Land (20 bis 30 Prozent) die Wohnungsknappheit als Problem. Wie schon aus Abbildung 1 ersichtlich wurde, wird letzterer Punkt im städtischen Umfeld mit Abstand als grösste Sorge betrachtet (48 Prozent).

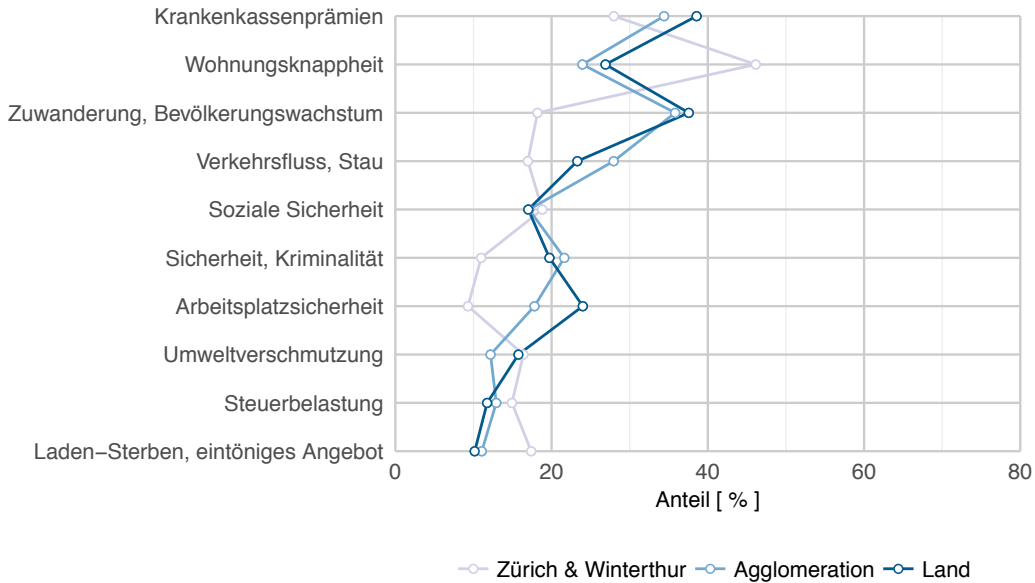


Abbildung 10: Problemwahrnehmung nach Siedlungstyp

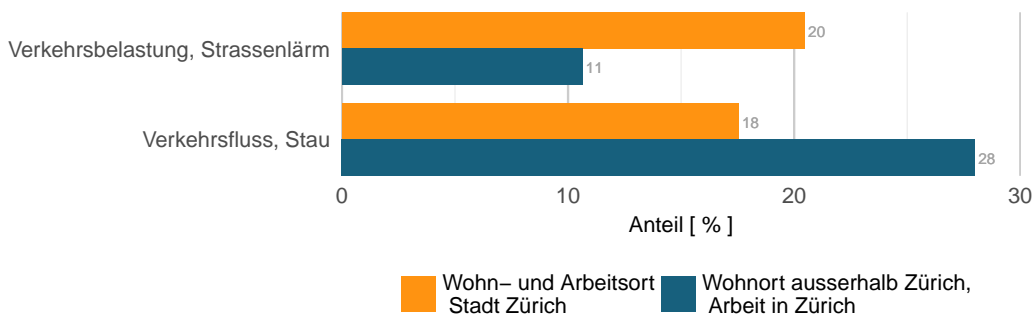


Abbildung 11: Verkehrsfluss versus Verkehrsbelastung, Städter und Zupendler im Vergleich

Stark durch die räumliche Perspektive geprägt ist die Sicht auf den Strassenverkehr. Abbildung 11 zeigt die Problematisierung des Strassenverkehrs durch Personen, die in der Stadt Zürich leben und arbeiten sowie jenen, die in die Stadt Zürich pendeln. Dabei ist für Pendler vor allem Stau und mangelnder Verkehrsfluss ein Ärgernis, während jene, die auch in der Stadt leben, sich vermehrt über die Verkehrsbelastung und den -lärm beklagen.

Institutionen

Verkleinerung des Stadtrates von 9 auf 7 Mitglieder

Forderungen, die Zahl der Zürcher Stadtratsmitglieder zu verringern, gibt es seit geraumer Zeit. 1987 sprach sich gar eine Mehrheit der Stadtzürcher Stimmberechtigten für eine entsprechende FDP-Initiative aus. Für die konkrete Umsetzung der Initiative fand sich anschliessend jedoch keine Mehrheit mehr. Eine Volksinitiative des parteilosen Ökonomen Stefan Mühlemann verlangt abermals die Verkleinerung des Stadtrates von 9 auf 7 Mitglieder. Die Initiative ist in der Zwischenzeit zustande gekommen, womit das Stadtführer Stimmvolk darüber befinden wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine relative Mehrheit von 44 Prozent gegen dieses Begehren, 18 Prozent haben dazu keine Meinung und 38 Prozent der politisch aktiven Stadtzürcher Stimmberechtigten sind dafür.

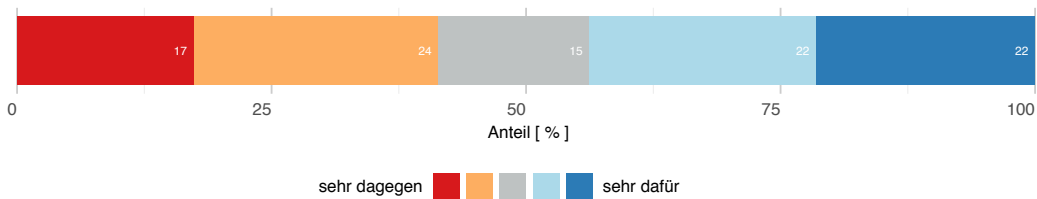


Abbildung 12: Haltung zu einer Verkleinerung des Stadtrates

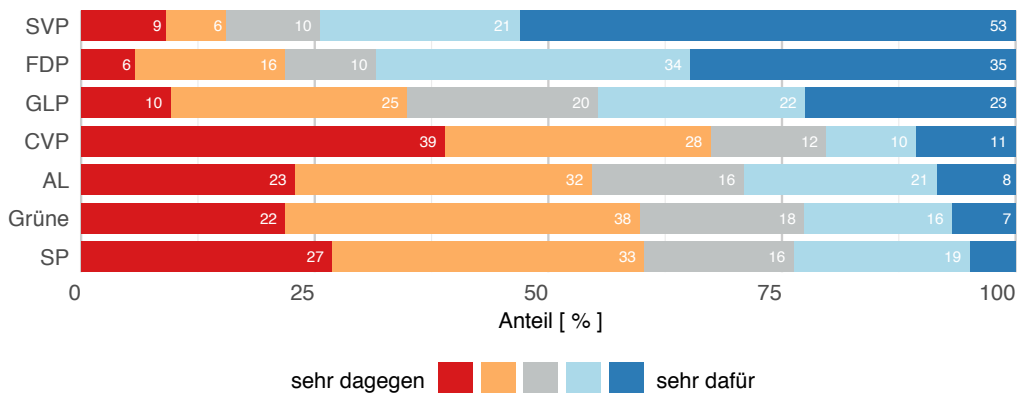


Abbildung 13: Haltung zu einer Verkleinerung des Stadtrates nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Für eine Reduktion der Anzahl Stadträte sind vor allem Wählerinnen und Wähler der SVP und FDP. 68 Prozent der FDP-Anhängerschaft sind «eher» oder «sehr» für eine Verkleinerung der städtischen Exekutive. Bei der SVP beträgt dieser Anteil 58 Prozent. Bei allen anderen Parteien findet sich hingegen keine Mehrheit. Fast zwei Drittel der SP-Anhängerschaft (64%) lehnt eine Verkleinerung der Stadtzürcher Exekutive ab. Angesichts dessen, dass sich der Stadtrat selbst gegen die Initiative ausgesprochen hat, dürfte dieser Wert zum Abstimmungstermin noch weiter anwachsen. Die Initiative hat zum jetzigen Zeitpunkt eher geringe Erfolgschancen.

Kooperation zwischen Stadt Zürich und Kanton

Die Befragten hatten die Möglichkeit anzugeben, ob Kanton und Stadt Zürich vermehrt miteinander kooperieren sollen und wenn ja in welchen Bereichen.

Der grösste Bedarf an zusätzlicher Kooperation zwischen Stadt und Kanton Zürich wird in der Planung des öffentlichen Verkehrs ausgemacht. Aber auch in der Raumplanung und Siedlungsentwicklung besteht gemäss den Befragten zusätzlicher Kooperationsbedarf. Dass es gar keine zusätzliche Zusammenarbeit benötigt, wird bloss von einer Minderheit (19 % in der Stadt, 15 % auf Kantonebene) angegeben.

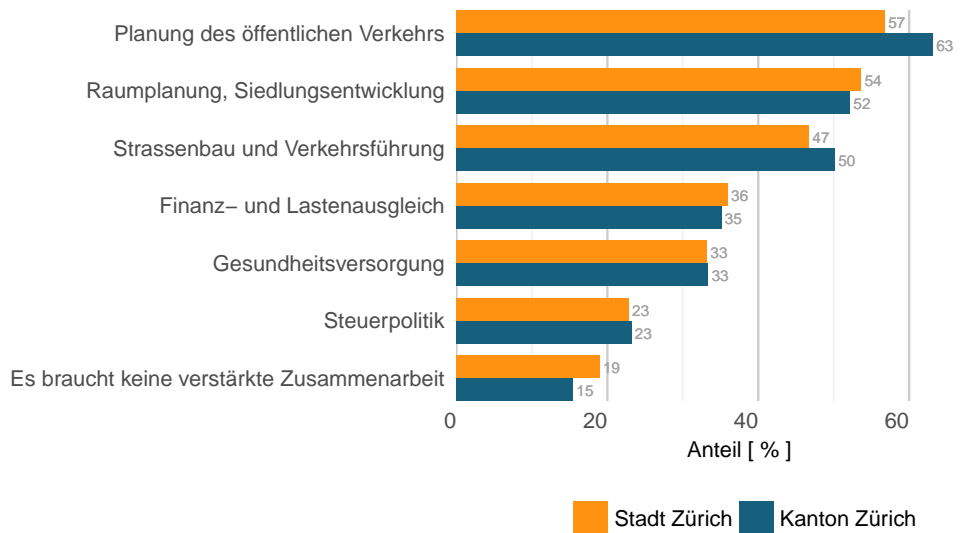


Abbildung 14: Präferenzen für die Kooperation zwischen Stadt und Kanton

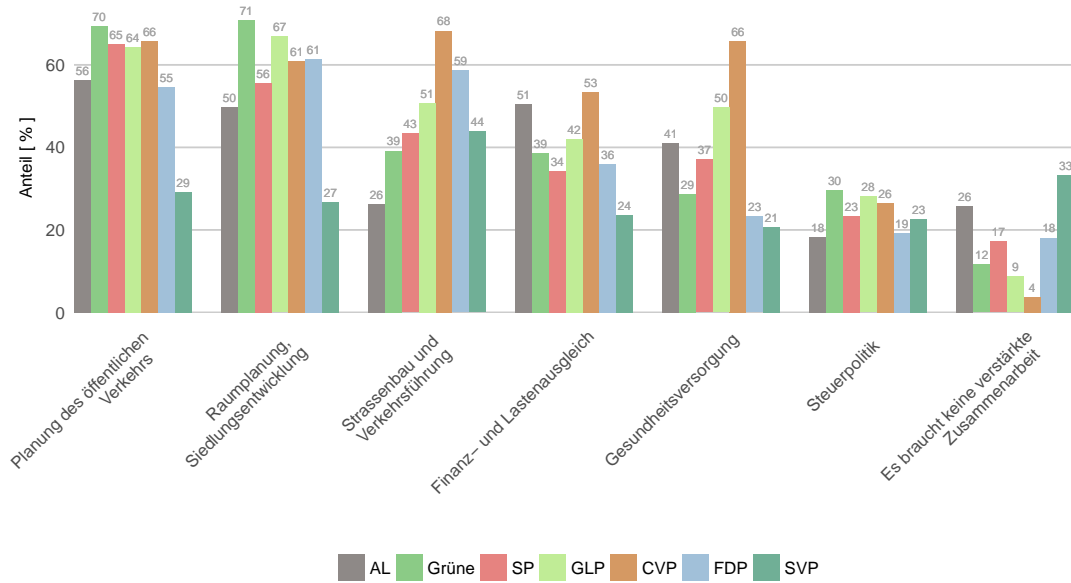


Abbildung 15: Kooperation zwischen Stadt und Kanton, Präferenzen nach Parteiwahl bei Gemeinderatswahlen

Für AL- und SP-Wähler ist die Planung des öffentlichen Verkehrs der drängendste Koordinationspunkt. Grüne-, FDP- und GLP-Wähler sehen Verbesserungspotential in der Siedlungsentwicklung/Raumplanung, CVP-Wähler im Strassenbau und der Verkehrsführung.

SVP-Wähler sehen generell wenig Bedarf an zusätzlicher Kooperation. Ein Drittel gibt dies explizit an. Am ehesten wird im Strassenbau und in der Verkehrsführung Bedarf an Kooperation zwischen Stadt und Kanton ausgemacht.

Finanzen

Die Präferenz- und Prioritätsordnung von Staatsaufgaben ist primär an den Ausgaben zu bemessen, welche der Einzelne für die jeweiligen Aufgaben aufzuwenden bereit ist. Deshalb wurde die folgende Frage gestellt: «Angenommen, Sie könnten über die Ausgaben der Stadt Zürich entscheiden. Wo würden Sie sparen, wo mehr ausgeben, wo nichts ändern?»

Sparpotenzial und Mehrausgaben

Sowohl in der Stadt wie auch im Kanton Zürich erreicht der Bereich Schulwesen den höchsten Anteil Nennungen für mehr Staatsausgaben. An zweiter Stelle steht bei den Städterinnen und Städtern der öffentliche Verkehr, bei der Kantonsbevölkerung die Polizei. Für soziale Sicherheit und das Gesundheitswesen wird, so die Ansicht der Befragten, ebenfalls tendenziell zu wenig ausgegeben.

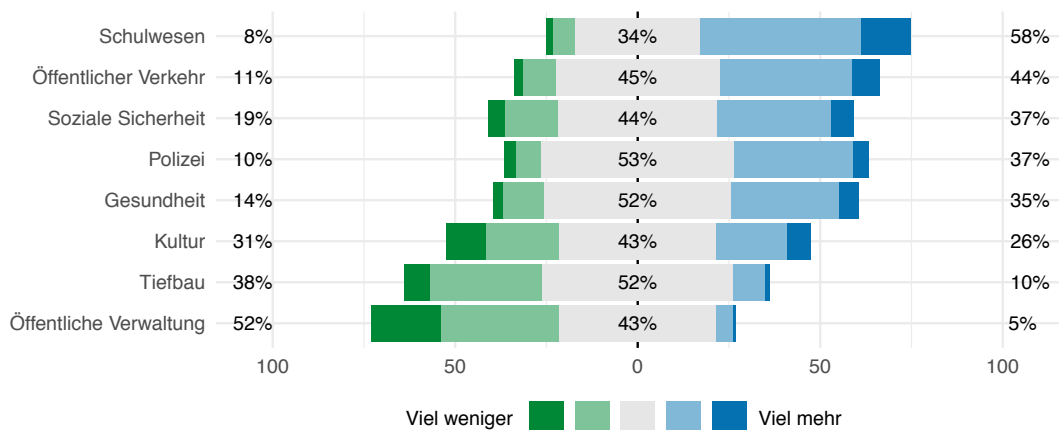


Abbildung 16: Änderungswünsche in den Staatsausgaben der Städtzürcher Bevölkerung

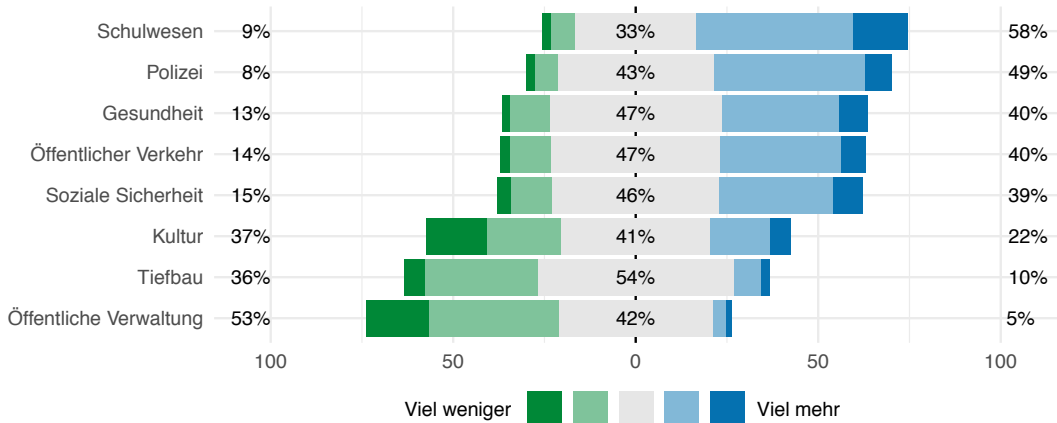


Abbildung 17: Änderungswünsche der Staatsausgaben der Bevölkerung des Kantons Zürich

Am unteren Ende der Rangliste finden sich sowohl bei Stadt- wie auch bei Kantonsbevölkerung die öffentliche Verwaltung, Tiefbau und Kultur. In allen drei Aufgabenbereichen ist der Anteil der Sparwilligen erheblich höher als der Anteil derer, welche die Ausgaben erhöhen möchte. Ginge es nach dem Willen der Zürcher Stimmberechtigten sollte man vor allem bei der öffentlichen Verwaltung sparen. Die Befragten hatten keine Budget-Restriktionen, das heisst sie konnten in allen Bereichen Mehrausgaben wünschen. In der Tat überwiegen denn auch die Anteile für Mehrausgaben gegenüber den Sparanweisungen der Umfrageteilnehmer.

Prioritäten der Parteianhängerschaften

Gruppiert nach Parteien zeigt sich aber ein differenzierteres Bild. Die CVP-Wählenden möchten am meisten sparen, SVP-Wähler kommen an zweiter Stelle, danach die FDP-Wähler. Ein beinahe ausgeglichenes Budget haben die GLP-Wähler mit ihren Anweisungen geschaffen.

Die SP-, Grüne- und AL-Wählenden schliesslich haben sich zu geringen Teilen für kleinere Staatsausgaben ausgesprochen, dafür umso deutlicher für Mehrausgaben. Dementsprechend ist das gewünschte Budget bei diesen Parteien aus dem Lot geraten, am stärksten bei der SP.

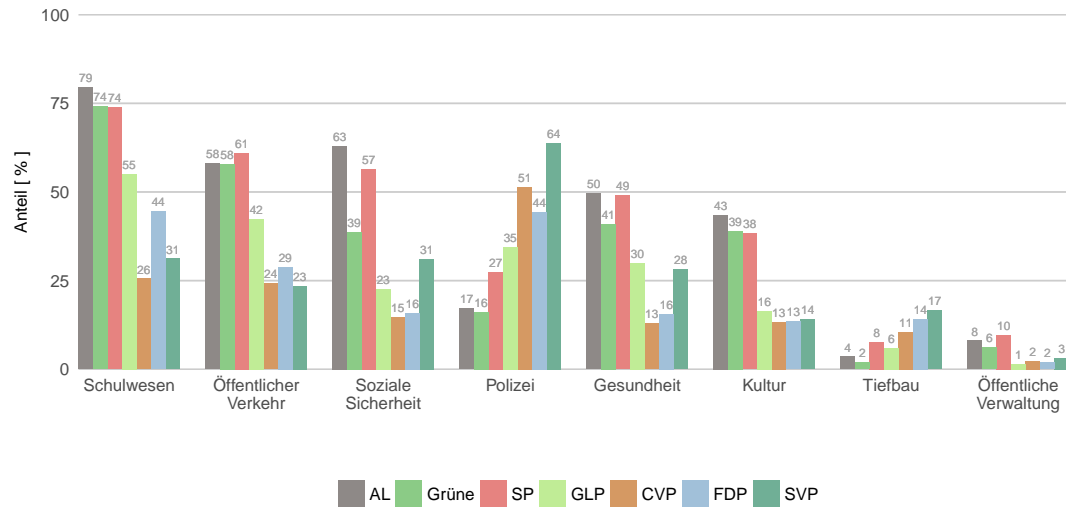


Abbildung 18: Änderungswünsche der Staatsausgaben der Städtzürcher nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Grosse Unterschiede in der Aufschlüsselung nach Parteien gibt es in den Bereichen «Polizei», «öffentlicher Verkehr» und «Kultur». Mehr Ausgaben bei der Polizei wünschen sich insbesondere CVP, FDP- und insbesondere SVP-Wähler, bei der Kultur sind es SP-, Grüne- und am stärksten AL-Wähler, die sich hier ein Ausgabenwachstum wünschen. Auch beim ÖV spalten sich die politischen Lager zwischen links und rechts.

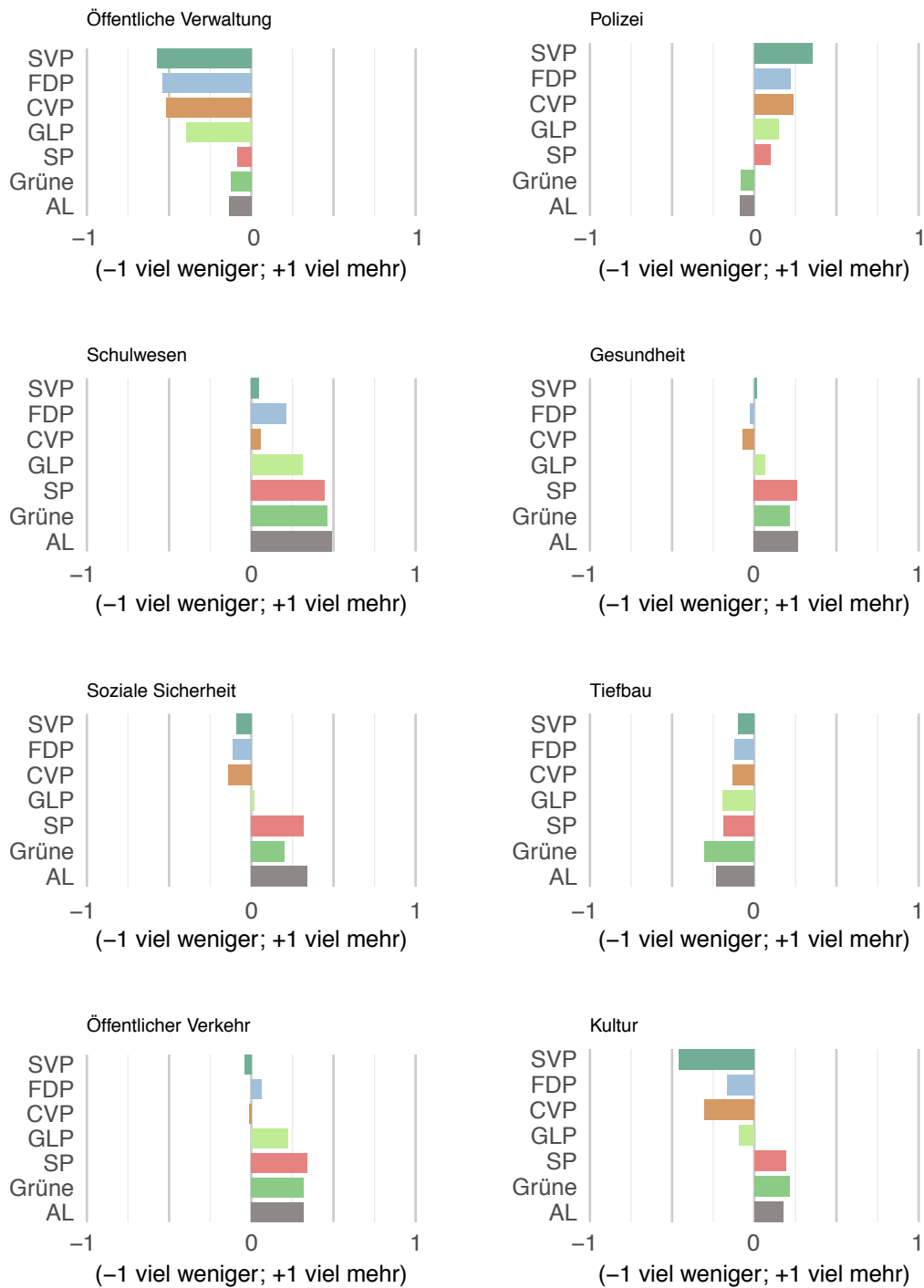


Abbildung 19: Bilanz der Änderungswünsche der Staatsausgaben der Städtzürcher nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Wirtschaft

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit

Grundsätzlich bewerten die Zürcherinnen und Zürcher die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes als gut. 84 Prozent der Befragten sagen, die Situation sei gut oder sogar sehr gut. Dabei gibt es Unterschiede in der Auswertung nach parteipolitischer Couleur. Bei CVP- und FDP-Wählenden ist der Anteil derer, welche die Wettbewerbsfähigkeit als sehr gut beschreiben, deutlich kleiner als bei den anderen Parteien. Bei der SVP entspricht zwar der Anteil «sehr gut» mit einem Drittel dem Durchschnitt, aber deutlich weniger Personen bewerten die Situation als «gut». Insgesamt haben die SVP-Wähler damit die pessimistischste Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit, aber mit insgesamt 67 Prozent Nennungen «gut/sehr gut» ist die Bewertung trotzdem hoch.

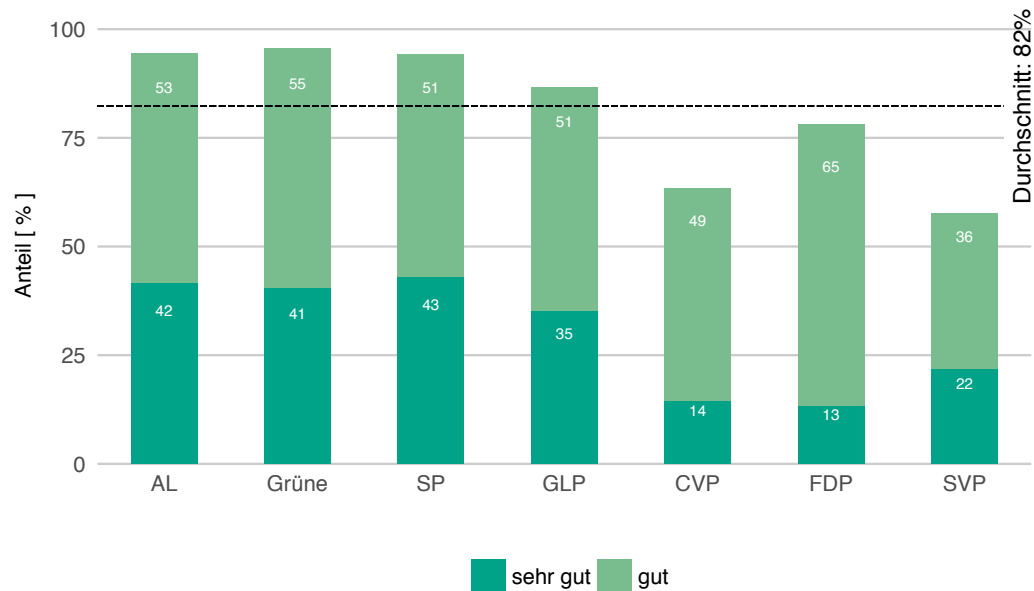


Abbildung 20: Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Soziodemografische Aufschlüsselung

Skepsis bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit herrscht teilweise bei den Rentnern. Bloss 25 Prozent von ihnen bewerten die Situation als sehr gut – gegenüber 49 Prozent bei Personen, die sich in einer Ausbildung befinden. Die Erwerbstätigkeiten placieren sich dazwischen.

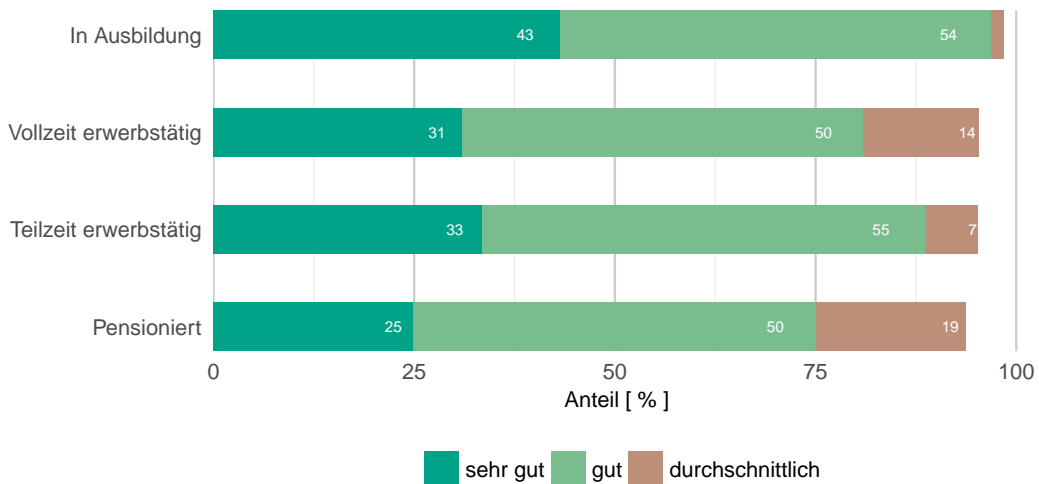


Abbildung 21: Einschätzung Wettbewerbsfähigkeit nach Arbeitssituation

Die grösste Zuversicht bezüglich Wettbewerbsfähigkeit herrscht bei den mittleren Einkommen (6001 – 8000 CHF pro Monat und Haushalt) mit 42 Prozent, die den Wirtschaftsstandort Zürich als sehr gut einschätzen. Mit zunehmendem Haushaltseinkommen nimmt die Skepsis zu – bei den höchsten Einkommen – über 15'000 CHF monatlich – beträgt der Anteil, welche die Situation als sehr gut bewerten, lediglich 24 Prozent.

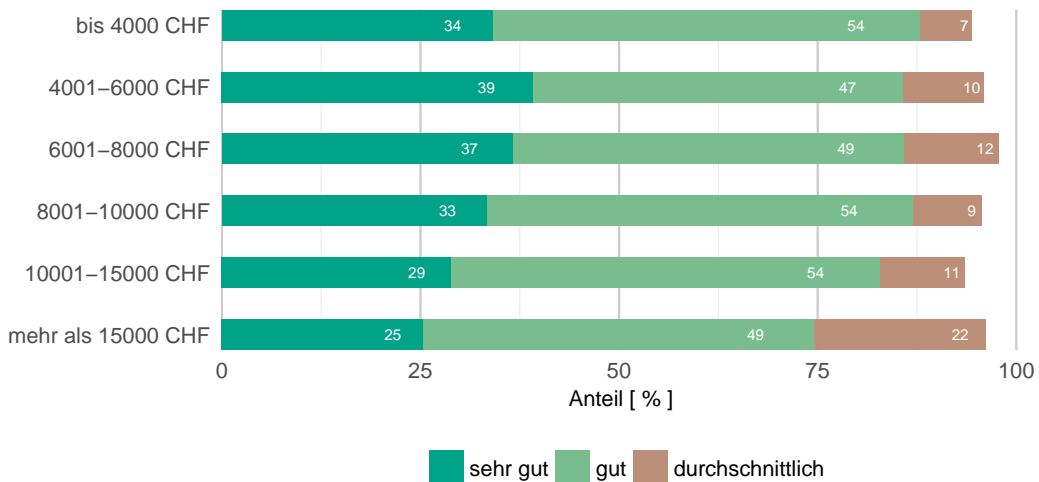


Abbildung 22: Einschätzung Wettbewerbsfähigkeit nach monatlichem Haushaltseinkommen

In der Abbildung 23 werden folgende beiden Gruppen unterschieden: Personen, die in Zürich leben und arbeiten, und Personen, die nach Zürich pendeln, um zu arbeiten. Dabei zeigt sich, dass der Anteil Personen, die die Wettbewerbsfähigkeit als sehr gut einschätzen, bei den in Zürich wohnhaften Personen mehr als doppelt so gross ist als bei den Pendlern. Auch der Anteil derer, die die Situation als durchschnittlich bezeichnen, ist bei den Pendlern beinahe doppelt so gross wie bei den Stadtzürchern.

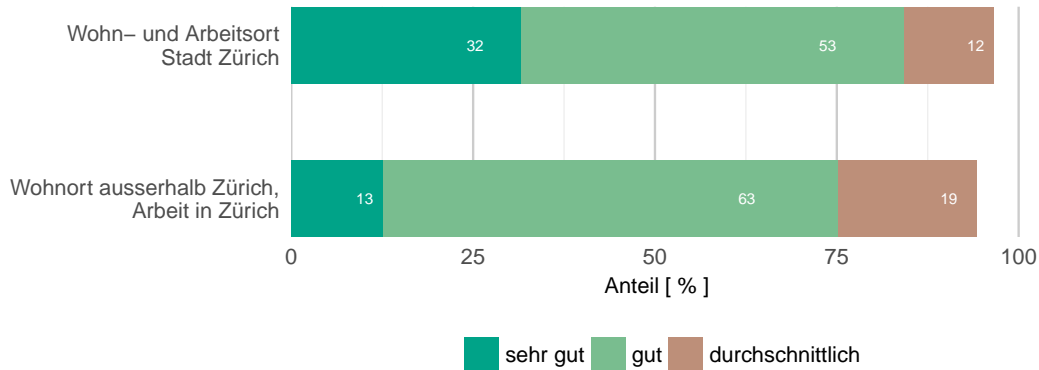


Abbildung 23: Einschätzung Wettbewerbsfähigkeit nach Wohn- und Arbeitsort

Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

Neben der Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit wurden die Befragten der Stadt Zürich gebeten, die ihrer Ansicht nach zentralen Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu nennen. Die Befragten konnten dabei aus einer Liste von 14 Massnahmen die wichtigsten auswählen. 6 von 10 Befragten wählten dabei den Abbau der Bürokratie. Am anderen Ende der Skala findet sich die Forderung nach mehr Arbeitsflächen für Unternehmen. Hier wird offensichtlich eher ein Überangebot wahrgenommen. An zweiter Stelle der Massnahmen steht mit 48 Prozent Nennungen der Ausbau der Ganztagesstrukturen für Eltern berufstätiger Eltern. Dies steht im Kontrast zur Problemwahrnehmung. Wie oben gezeigt, erachten nur 11 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher das Kinderbetreuungsangebot als zentrales Problemfeld an. Es wird jedoch offensichtlich als sinnvolle Massnahme für die Verbesserung der Standortattraktivität angesehen. Mit 41 Prozent Nennungen ebenfalls als prioritär wird der Ausbau des Bildungsangebots beurteilt. Dies passt zur Frage zu den Staatsausgaben weiter oben. Das Schulwesen ist der einzige Bereich, bei welchem sich eine Mehrheit eine Ausgabenerhöhung wünscht.

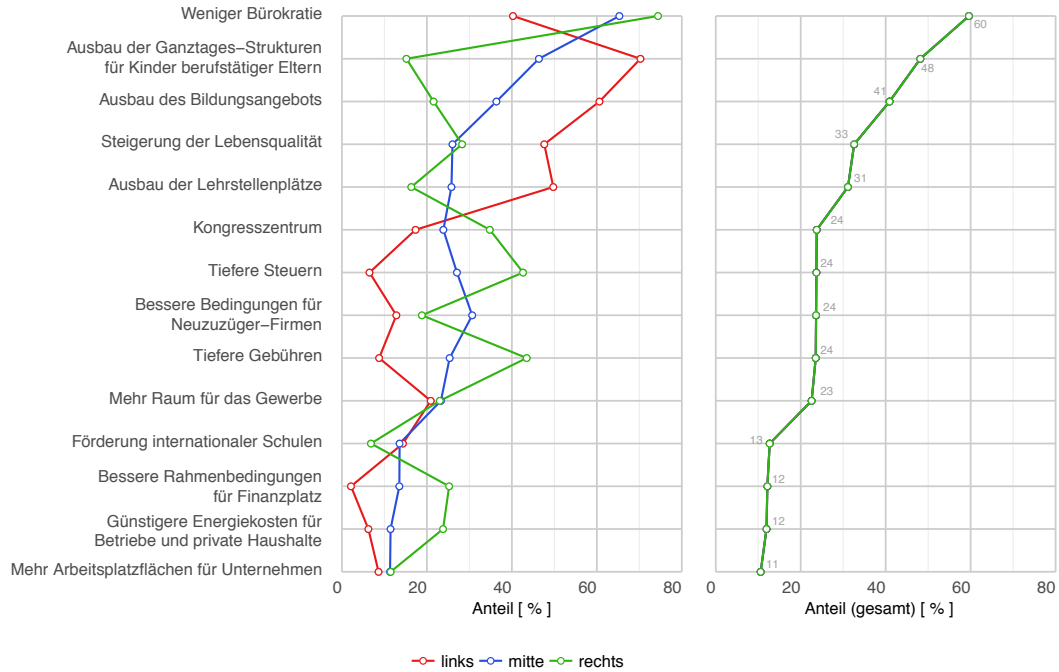


Abbildung 24: Wichtigste Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

Die Aufteilung nach politischem Profil zeigt, dass mit Ausnahme des Bürokratieabbaus eher linke Anliegen auf den ersten Plätzen liegen. Dies ist nicht nur Ausdruck des politischen Profils der Stadt, sondern auch eine Folge davon, dass die Antworten der Befragten rechts der Mitte sich weniger stark auf einzelnen Massnahmen konzentrieren.

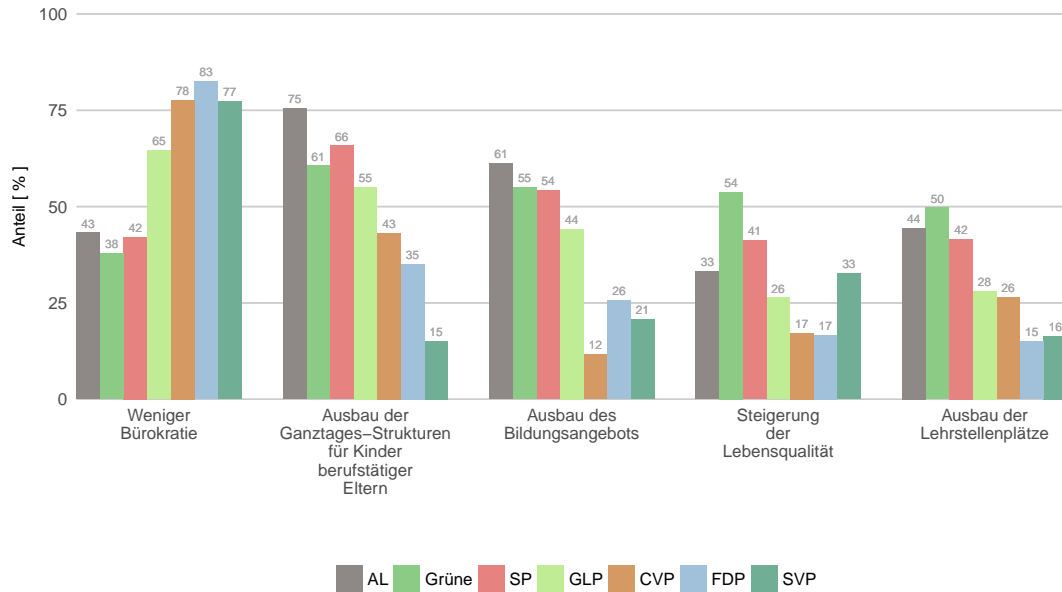


Abbildung 25: Die fünf meistgenannten Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit nach Wahlentscheid bei Gemeinderatswahlen

Die Beurteilung der drängendsten Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit divergiert stark zwischen den Wählerschaften der Parteien. Die bereits zuvor dargestellten Gegensätze zwischen links und rechts kommen auch hier zum Ausdruck. Zusätzlich zeigen sich jedoch auch Unterschiede innerhalb der Lager. So ist weniger Bürokratie bei der FDP-Basis besonders beliebt. Bei der Frage des Ausbaus der Ganztagesstrukturen für Kinder berufstätiger Eltern zeigt sich ein Gegensatz zwischen FDP und SVP. FDP-Anhänger haben diese Massnahme mit 35 Prozent mehr als doppelt so häufig genannt wie die Anhänger der SVP (15%). Die eher unspezifische Massnahme ‚Steigerung der Lebensqualität‘ wird insbesondere von Wählenden der Grünen bevorzugt, erhält jedoch auch von der SVP-Basis vermehrte Zustimmung.

Detailhandel und Gastronomie

Ladenöffnungszeiten

Eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten abends und an Samstagen findet sowohl auf Kantons- wie auch auf Stadtebene eine Mehrheit – in der Stadt Zürich etwas deutlicher als über den ganzen Kanton gesehen. Diese Liberalisierung ist denn auch bereits weitgehend erfolgt. Wesentlich umstrittener ist eine Liberalisierung an Sonntagen. Auf Kantonebene wird diese deutlich abgelehnt. Auch in der Stadt gibt es keine Mehrheit dafür. Mit 47 zu 43 Prozent halten sich Gegner und Befürworter jedoch annähernd die Waage.

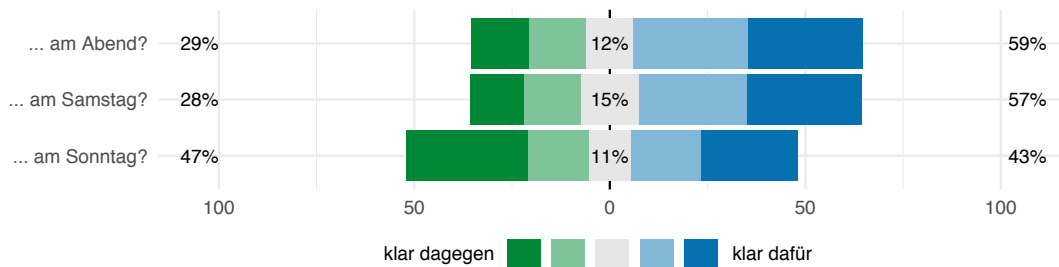


Abbildung 26: Haltung zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten der Stadtzürcher Bevölkerung

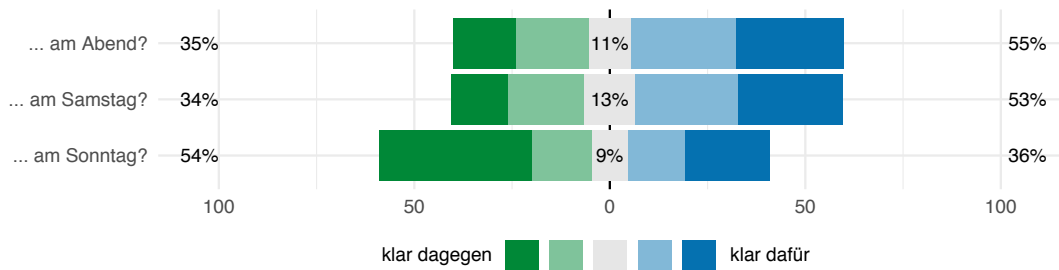


Abbildung 27: Haltung zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten der Bevölkerung des Kantons Zürich



Abbildung 28: Zustimmung zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nach politischer Selbstpositionierung

Die grössere Zustimmung in der linken Stadt im Vergleich zum bürgerlichen Kanton Zürich ist insofern bemerkenswert als die Zustimmung zu einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten höher ist, je weiter rechts die Befragten sich positionieren.



Abbildung 29: Zustimmung zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Nach Parteien betrachtet zeigt sich, dass SVP- und FDP-Wähler sowie die GLP-Anhänger deutlich für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sind. Sonntagsöffnungszeiten erhalten etwas tiefere Werte, aber immer noch eine deutliche Zustimmung von über 50 Prozent. Sonntagsverkäufe sind bei der Linken und den CVP-Wählern weit von einer Mehrheit entfernt. Abend- und Samstagsverkäufe sind aber bei SP- und CVP-Wählern in Griffweite. Am markantesten fällt die Ablehnung jeweils bei den AL-Wählern aus.

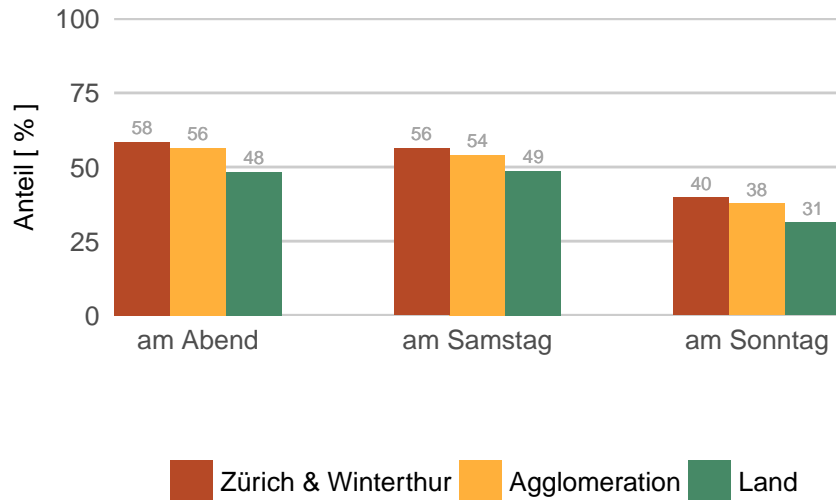


Abbildung 30: Zustimmung zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten nach Siedlungstyp

Bei allen drei Detailfragen ist die Zustimmung in den Grosstädten Zürich und Winterthur am grössten, in den Agglomerationsgemeinden 2 Prozentpunkte tiefer und im ländlichen Raum am geringsten. Sonntagsverkäufe erreichen aber auch in den Grosstädten bei weitem nicht 50 Prozent. Durchgehende Sonntagsverkäufe entsprechen nirgends einem grossen Wunsch der Bevölkerung.

Sitzplätze im öffentlichen Raum

Die Stadtzürcher Bevölkerung ist überwiegend (zu 70 %) damit einverstanden, dass Restaurants und Cafés öffentliche Flächen bei ihrem Lokal vergünstigt für Sitzplätze nutzen dürfen. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind mässig. Die tiefste Zustimmung hat die SVP-Wählerschaft mit 60 Prozent, der höchste Zuspruch bei den CVP-Anhängern, nämlich 81 Prozent. Das Anliegen ist demnach unbestritten.

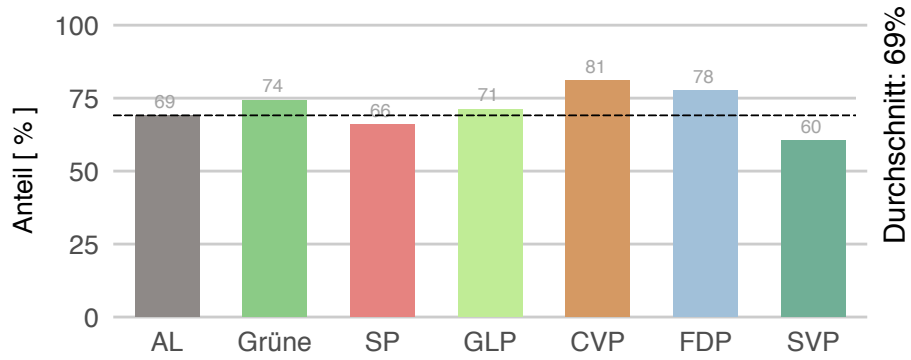


Abbildung 31: Nutzung von Sitzplätzen im angrenzenden öffentlichen Raum nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Stadtentwicklung

Wohnungsbau

Förderung des Wohnungsbaus

Für Stadtzürcher und Stadtzürcherinnen ist die Wohnungsknappheit das dringlichste Problem überhaupt (vgl. Problembarmeter). Im übrigen Kanton wird diese Einschätzung nur teilweise geteilt. Dennoch zählt das Thema Wohnen auch hier zu den Top-Sorgen. So oder so stellt die Wohnungsfrage eine zentrale Herausforderung in Zürich dar. Interessant ist deshalb, welche Massnahmen zur Verbesserung des Wohnungsangebots von der politisch partizipierenden Bevölkerung als geeignet und sinnvoll angesehen werden. Den Befragten wurden hierzu fünf verschiedene Massnahmen zur Beurteilung vorgelegt.

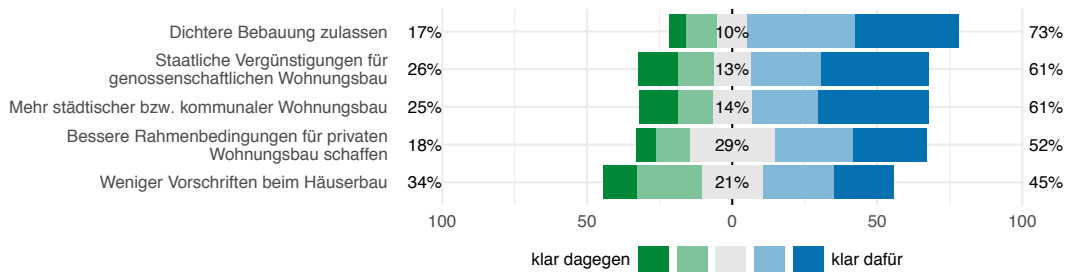


Abbildung 32: Haltung zu Massnahmen im Wohnungsbau in der Stadt Zürich

Von den fünf Massnahmen erhält die Forderung nach einer dichteren Bebauung in der Stadt Zürich klar die höchsten Zustimmungswerte. Fast drei von vier Stimmenden aus der Kantonshauptstadt begrüssen dies – nur 17 Prozent sprechen sich dagegen aus. Auch die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus findet in der Stadt grosse Sympathien, wie auch Abstimmungen zur Wohnbauförderung bereits gezeigt haben. Die Befragten unterscheiden dabei kaum zwischen staatlichen Vergünstigungen von genossenschaftlichem Wohnen und der Förderung von städtischem Wohnungsbau. Die Zustimmung für beide Massnahmen liegt bei 61 Prozent – nur jeweils ein Viertel spricht sich dagegen aus. Neben diesen beiden staatszentrierten Massnahmen findet auch das Anliegen, bessere Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau zu schaffen, mehrheitliche Zustimmung. Hier sind zwar nur 52 Prozent dafür, zugleich ist jedoch auch der Anteil derer, die diese Massnahme ablehnen kleiner (18%). Das heisst, dieses Anliegen polarisiert weniger als die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Insgesamt wird deutlich, dass die Sympathie für den gemeinnützigen Wohnungsbau nicht mit einer Skepsis gegenüber dem privaten Wohnungsbau einhergeht.

Einzig das Anliegen, die Vorschriften beim Häuserbau zu reduzieren, findet keine absolute Mehrheit bei den Befragten. Nur eine relative Mehrheit von 45 Prozent stellt sich hinter diese Anliegen. Dagegen sprechen sich allerdings nur 34 Prozent aus. Eine harte Opposition sieht anders aus.

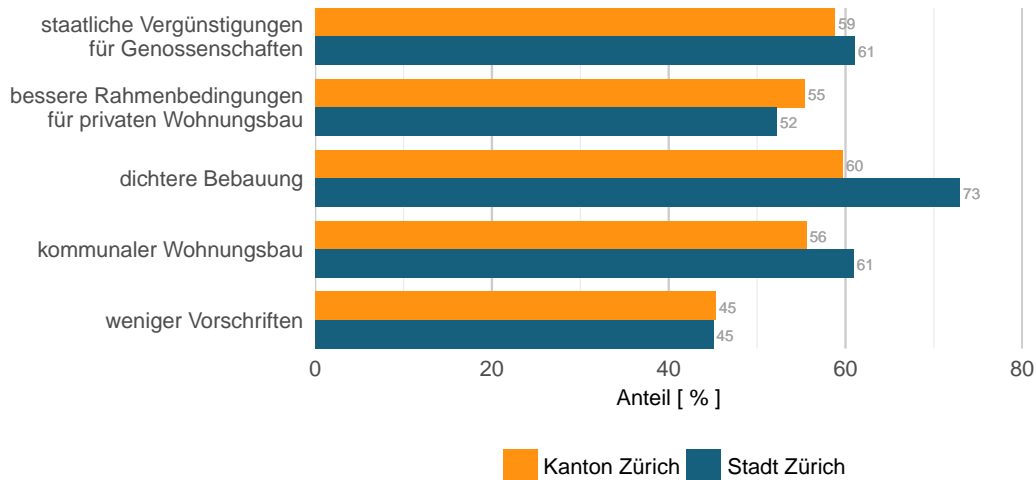


Abbildung 33: Zustimmung zu Massnahmen im Wohnungsbau in der Stadt und im Kanton Zürich (eher und klar dafür)

Der Vergleich von Stadt und Kanton macht deutlich, dass sich die Haltungen zum Wohnungsbau weniger unterscheiden als womöglich erwartet. Der grösste Unterschied zeigt sich bei der Frage der dichteren Bebauung. Der Zustimmungswert im Kanton liegt mit 60 Prozent deutlich unter dem städtischen Wert von 73 Prozent. Offenbar sorgt die Vorstellung einer Verdichtung dort, wo bereits dicht gebaut wird, für weniger Skepsis. Bemerkenswert sind die geringen Unterschiede in der Haltung zum gemeinnützigen Wohnungsbau zwischen der städtischen und der kantonalen Ebene. Im bürgerlichen Kanton Zürich sprechen sich 59 Prozent explizit für die staatliche Vergünstigung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus aus und 56 Prozent wollen mehr Wohnungsbau durch Städte und Kommunen. Umgekehrt ist die Zustimmung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau mit 55 Prozent zwar etwas grösser als in der Stadt (52%). Bemerkenswert ist dabei jedoch vor allem das geringe Ausmass dieses Unterschieds.

Die einzige Massnahme, die auch im Kanton keine Mehrheit findet, ist das Anliegen nach weniger Vorschriften (45%). Die Ergebnisse zeigen, dass die wahrgenommene Dringlichkeit in der Wohnungsfrage dazu führt, dass ein breites Spektrum von Fördermassnahmen Zustimmung erhalten. Ob privat oder staatlich scheint für die Mehrheit sekundär zu sein. Am wenigsten Abstriche wollen die Befragten allerdings bei der Qualitätssicherung machen (‚weniger Vorschriften‘).

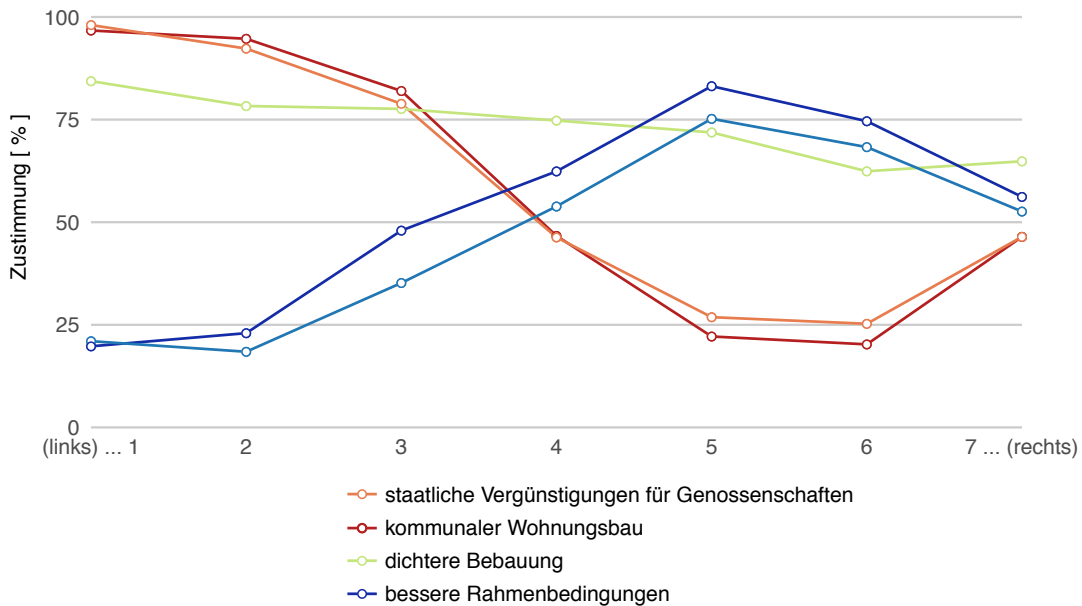


Abbildung 34: Zustimmung zu Massnahmen im Wohnungsbau nach politischer Selbstpositionierung, Stadt Zürich

Auch wenn der Stadt-Land-Gegensatz eher schwach ausgeprägt ist und die Sympathien für staatliche Fördermassnahmen auch im bürgerlichen Kanton erstaunlich gross sind, spielt die politische Ausrichtung sehr wohl eine wichtige Rolle für die Einstellung zu den befragten Massnahmen für die Bereitstellung eines guten Wohnungsangebots. Die Zustimmungsmuster zu den Massnahmen teilen sich in drei Gruppen auf. Weniger Vorschriften und bessere Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau sind Massnahmen, die auf dem politischen Spektrum bei den Mitte-rechts-Wählern am meisten Zuspruch erhalten. Ganz rechts finden diese Massnahmen etwas weniger Rückhalt, aber immer noch auf höherem Niveau als bei der Linken.

Umgekehrt sieht das Muster bei staatlichen Eingriffen aus – namentlich mehr kommunaler Wohnungsbau und staatliche Vergünstigungen für genossenschaftlichen Wohnungsbau. Auf der linken Seite finden diese Massnahmen erwartungsgemäss grossen Zuspruch, aber auch ganz rechts aussen gibt es dafür eine beträchtliche Zustimmung.

Spannend ist schlussendlich die letzte der abgefragten Massnahmen, nämlich eine dichtere Bebauung des Siedlungsgebietes zuzulassen. Hier gibt es entlang des politischen Spektrums bei den Städtzürchern nur wenig Unterschiede. Die Forderung erreicht auf der linken Seite Zustimmungswerte von über 75 Prozent, rechts immer noch über 60 Prozent.

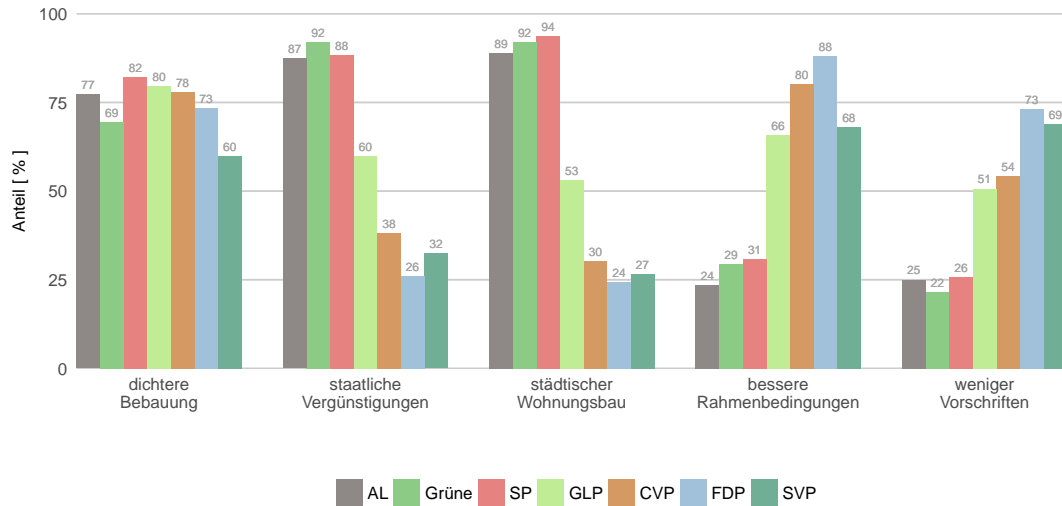


Abbildung 35: Zustimmung zu Massnahmen im Wohnungsbau nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen Zürich

Einfluss der Wohnform

Die populärste Massnahme zur Verbesserung des Wohnangebots ist die bauliche Verdichtung. Zwar sind die Unterschiede eher klein, dennoch zeigen sich interessante Abhängigkeiten von der eigenen Wohnform. Hauseigentümer sind insgesamt am wenigsten für eine bauliche Verdichtung, gefolgt von den Stockwerkeigentümern und den Genossenschaftsbewohnenden. Am überzeugtesten sind Bewohner von Miethäusern. Es scheint wahrscheinlich, dass erstere am ehesten einen Wertverlust ihres Wohnobjekts aufgrund der Verdichtung fürchten.

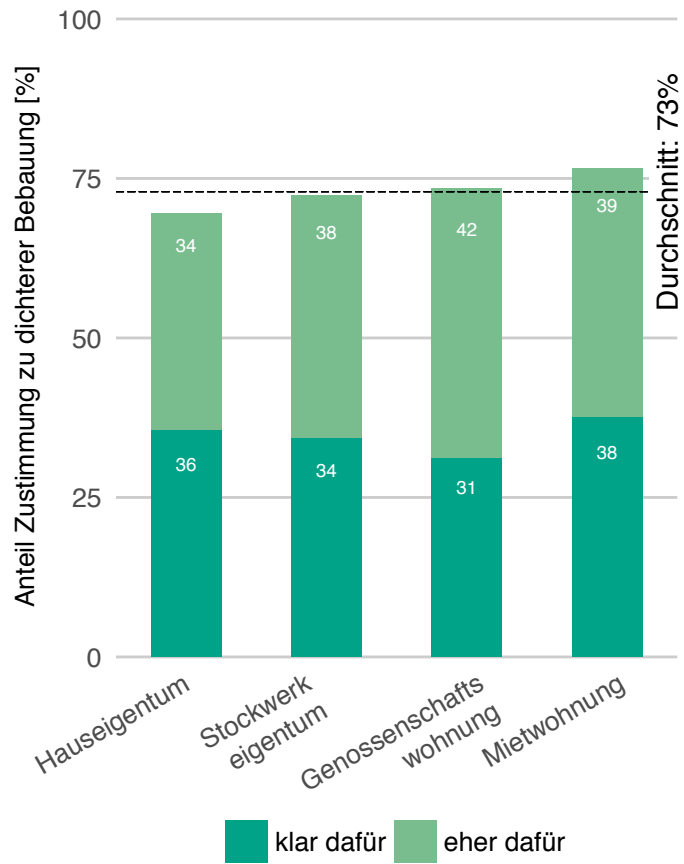


Abbildung 36: Zustimmung zu dichterem Bebauung nach Bewohnertyp

Infrastrukturen mit Nachholbedarf

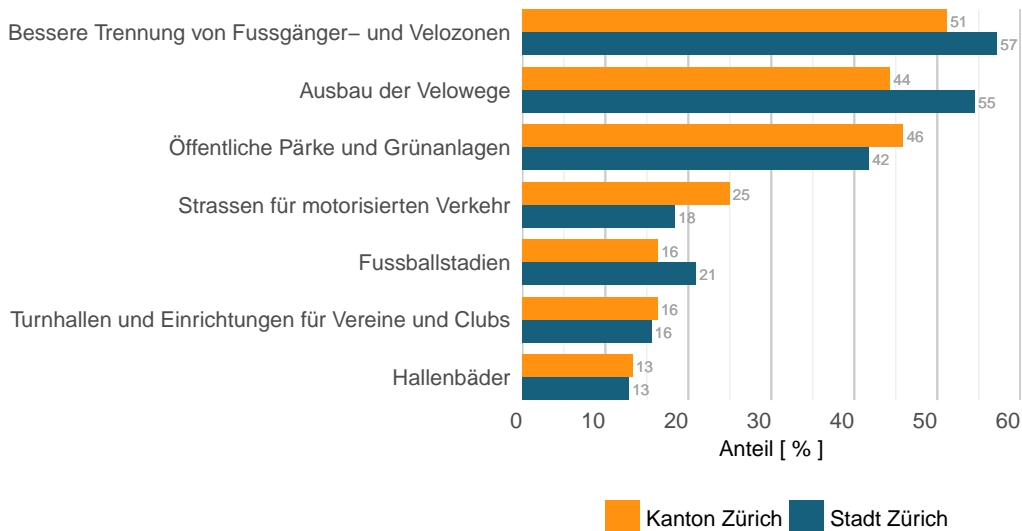


Abbildung 37: Infrastrukturen mit dem grössten Nachholbedarf in Stadt und Kanton Zürich

Die Stadtzürcher haben klare Präferenzen, welche Infrastrukturen prioritär ausgebaut werden sollen. Als besonders dringlich wird eine bessere Trennung von Fussgänger- und Velozonen angesehen. Ein Ausbau der Velowege erachtet ebenfalls eine Mehrheit als dringlich. Mehr Strassen für den motorisierten Verkehr jedoch nicht. Ebenfalls als nicht als dringlich werden zusätzliche Sporteinrichtungen wie Turnhallen oder Hallenbäder angesehen.

Die Stimmbevölkerung des Kantons setzt insgesamt ähnliche Prioritäten. Im Vergleich zur Stadt etwas weniger Nachholbedarf wird hier jedoch bei der Fahrradinfrastruktur gesehen, dafür mehr bei den Strassen. Allerdings wird selbst auf Ebene Kanton ein Nachholbedarf eher beim Velowegnetz als bei den Strassen geortet. Gleichermassen häufig in der Stadt wie im Kanton Zürich wird der Ausbau öffentlicher Pärke und Grünanlagen als Massnahme mit hoher Priorität gesehen.

Je nach politischer Position unterscheiden sich die Prioritäten, die Zürcher beim Infrastrukturausbau setzen. Für Personen mit linker Gesinnung ist der Ausbau des Velonetzes mit Abstand das wichtigste Anliegen. Diese Massnahme wird von mehr als 75 Prozent dieser Gruppe genannt. Das wichtigste Anliegen rechts orientierter Personen ist ein Ausbau der Strassen für den motorisierten Verkehr. Die Erweiterung von Grünanlagen und öffentlichen Pärken erreicht links und rechts beinahe dieselben

Werte. Interessanterweise ist auch rechts positionierten Personen eine bessere Trennung von Fussgänger- und Velozonen ein Anliegen. Es wird sogar leicht gegenüber einem neuen Fussballstadium priorisiert.

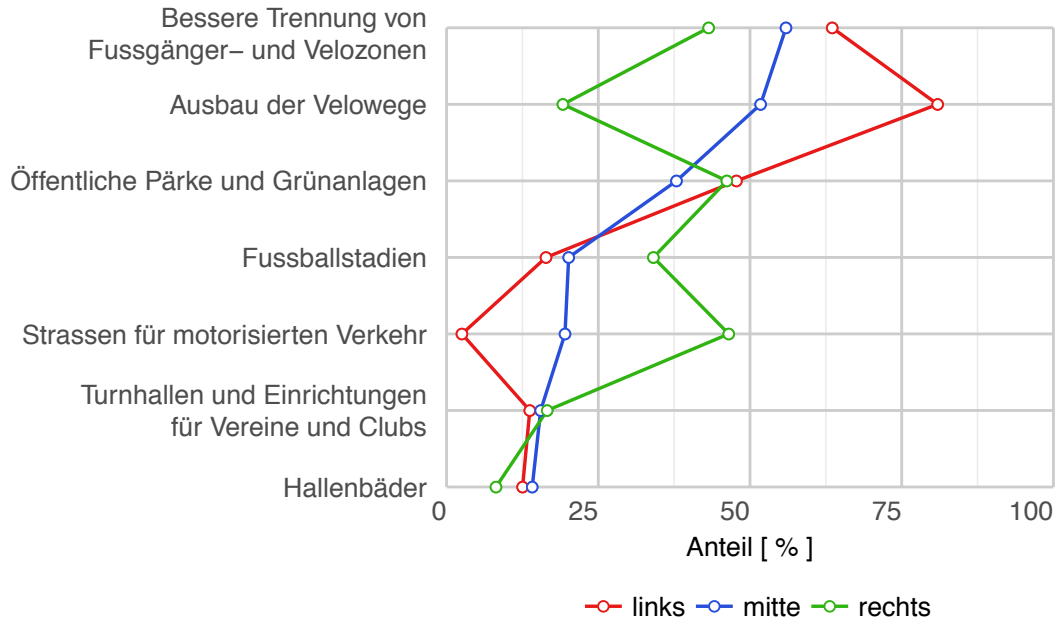


Abbildung 38: Infrastrukturausbau nach politischer Selbstpositionierung

Die populärste Infrastruktur-Massnahme, die bessere Trennung von Velo- und Fussgängerzonen, findet nicht nur bei den linken Parteien Anklang, sondern auch bei der GLP sowie in etwas geringerem Ausmass bei den FDP-Wählern. Beim Ausbau der Velowege gibt es dagegen einen deutlichen Graben zwischen linken und bürgerlichen Parteien. Die höchste Zustimmung erreicht diese Massnahme bei Grünen-Wählern, nämlich 86 Prozent. Umgekehrt, aber auf tieferem Niveau, sieht das Muster beim Ausbau von Strassen für den motorisierten Verkehr aus. Den grössten Zuspruch (49 %) findet dieses Anliegen bei SVP-Wählern.

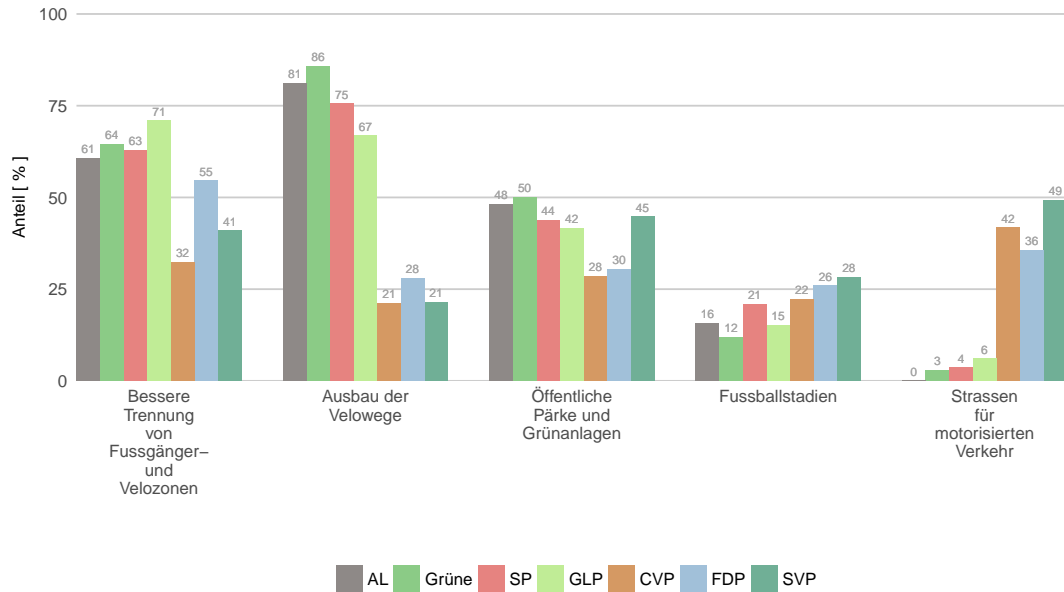


Abbildung 39: Die fünf meistgenannten Infrastruktur-Projekte nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Haltung zum Ausbau des Parkplatzangebots

Die Befragten der Stadt Zürich stehen dem Ausbau des Parkplatzangebots skeptisch gegenüber. Absolute Mehrheiten stellen sich insbesondere gegen mehr Parkplätze in der Innenstadt aber auch gegen ein verbessertes Parkplatzangebot für auswärtige Gäste. Am ehesten auf Sympathie stösst das Anliegen mehr Parkplätze in den Zentren der Aussenquartiere Zürichs zu errichten. Doch auch hier spricht sich eine relative Mehrheit (40 zu 35) dagegen aus.

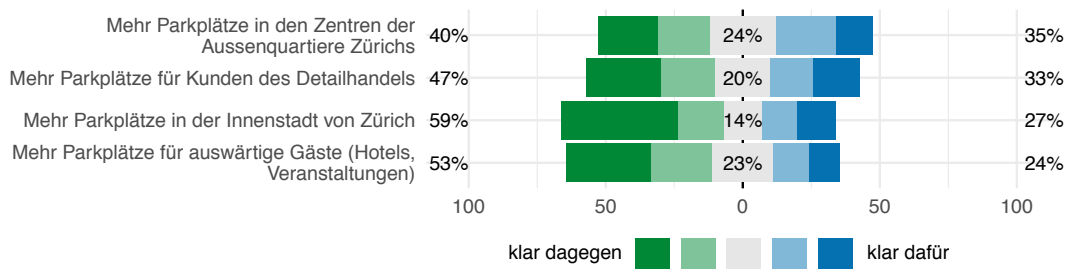


Abbildung 40: Haltung zum Ausbau des Parkplatzangebots, Stadt Zürich

Die Stimmbevölkerung des Gesamtkantons ist offener für neue Parkplätze als die städtische. Dennoch findet keines der abgefragten Anliegen eine absolute Mehrheit. Immerhin sind relative Mehrheiten offen für neue Parkplätze in den Zentren der Aussenquartiere sowie für Kunden des Detailhandels. Wenig Verständnis findet jedoch selbst im Gesamtkanton, das Anliegen einer Erweiterung des Parkplatzangebots in der Zürcher Innenstadt sowie jenes für auswärtige Gäste.

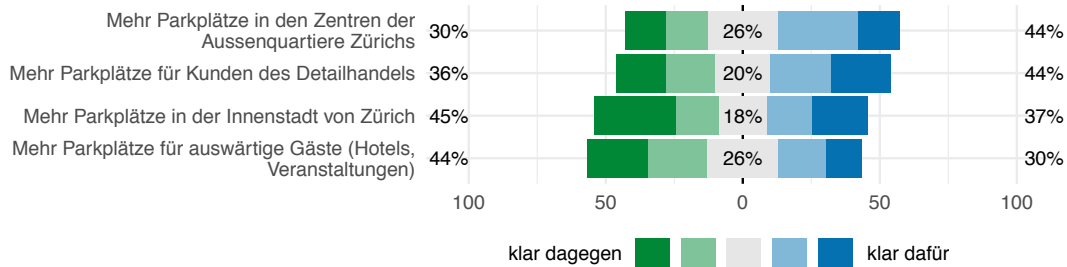


Abbildung 41: Haltung zum Ausbau des Parkplatzangebots, Kanton Zürich

Die Auswertung nach politischer Selbstpositionierung zeigt, dass ganz links Parkplätze pauschal abgelehnt werden. Im Mitte-links-Spektrum finden Parkplätze in den Aussenquartieren noch am ehesten eine Zustimmung. Auf der rechten Seite sind es dagegen die Detailhandelsparkplätze, die grossen Rückhalt geniessen.

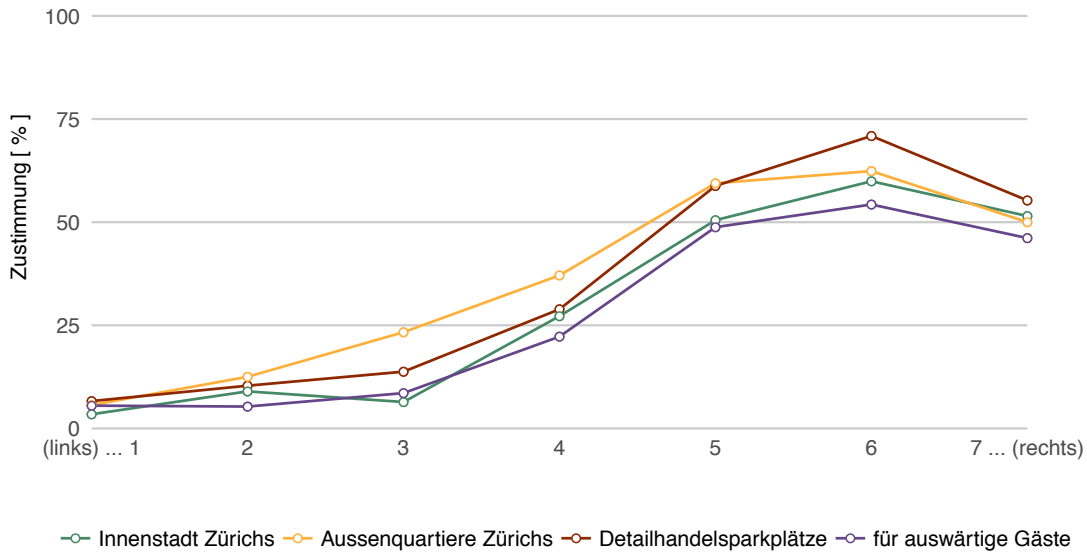


Abbildung 42: Zustimmung zum Ausbau des Parkplatzangebotes nach politischer Selbstpositionierung

Ein Ausbau des Parkplatzangebotes wird auf bürgerlicher Seite wesentlich stärker gestützt als bei linken und Mitte-Wählern. Bei SVP-Wählern erreichen alle vier abgefragten Standorte eine Mehrheit, am knappsten bei «Parkplätzen für auswärtige Gäste». Die Wähler der linken Parteien AL, SP und Grüne lehnen zusätzliche Parkplätze ab, vor allem in der Innenstadt und für auswärtige Gäste. In den Aussenquartieren haben zusätzliche Parkplätze auch bei den Linken grössere Chancen, aber auf tiefem Niveau. In der Innenstadt lehnen nicht nur die linken Parteien mehr Parkplätze ab, sondern knapp auch die FDP.

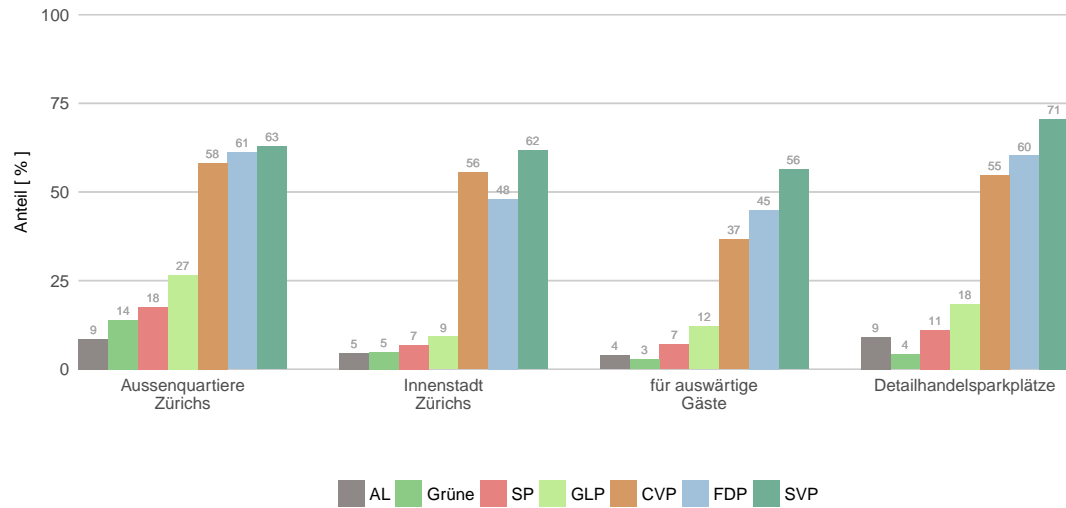


Abbildung 43: Zustimmung der Stadtzürcher Stimmberechtigten zum Ausbau des Parkplatzangebotes nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Haltung zu Parkplätzen nach Verkehrsmittel

Einen Ausbau des Parkplatzangebotes wünschen sich naturgemäss insbesondere jene, die sie nutzen, also die Autofahrer. Vor allem für den Detailhandel und in der Innenstadt wünschen sich die Zürcher Autofahrer mehr Parkplätze. Über alle Gruppen hinweg betrachtet sind zusätzliche Parkplätze aber ein unpopuläres Anliegen innerhalb der Stadtbevölkerung.

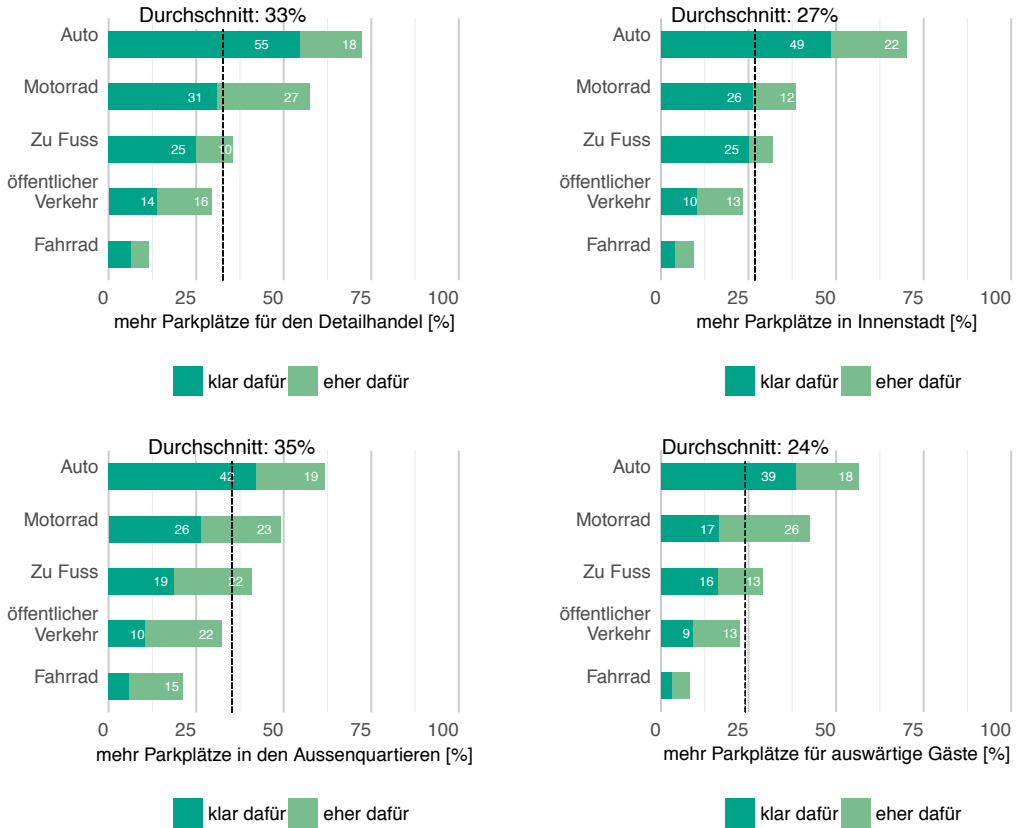


Abbildung 44: Zustimmung der Stadtzürcher Bevölkerung zum Ausbau des Parkplatzangebots nach Hauptmobilitätsmittel

Einfluss von Wohn- und Arbeitsort

Beim Vergleich von Stadtzürchern mit Personen, die ausserhalb der Stadt wohnen, aber dahin pendeln, wird ersichtlich, dass zusätzliche Parkplätze viel stärker von jenen gefordert werden, die in die Stadt pendeln. Personen, welche die Stadt als alltäglichen Lebensraum und nicht bloss als Arbeitsort nutzen, wünschen sich zu grossen Teilen nicht mehr Parkplätze. Personen, die in die Stadt pendeln, befürworten zusätzliche Parkplätze für den Detailhandel zu über 50 Prozent und in den Aussenquartieren zu beinahe 50 Prozent.

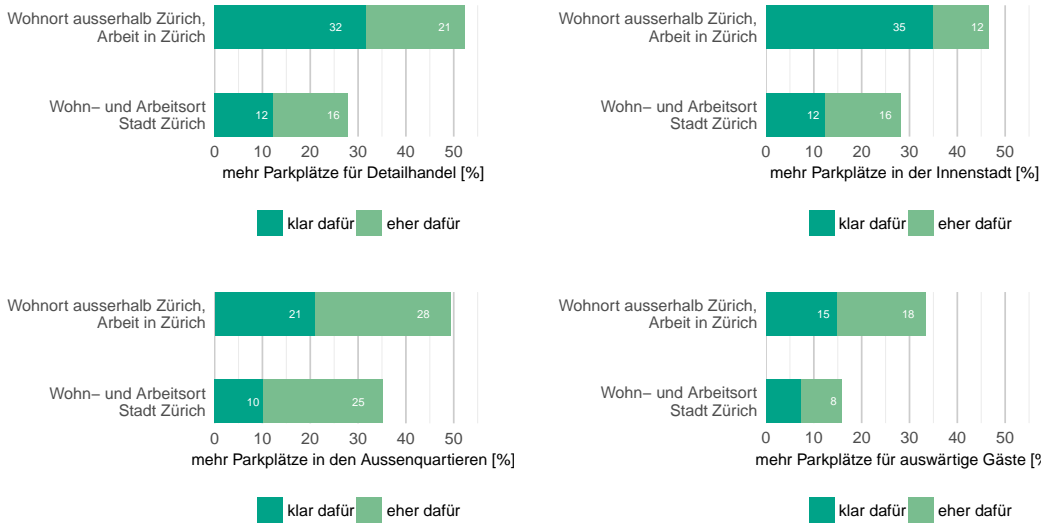


Abbildung 45: Zustimmung zum Ausbau des Parkplatzangebots nach Pendelsituation von Arbeitnehmern in der Stadt Zürich

Entwicklung Hochschulquartier und Universitätsspital

Die Befragung zeigt es unmissverständlich: Die Zürcher Stimmbevölkerung steht klar hinter der Weiterentwicklung des Hochschulquartiers und einer Modernisierung des Universitätsspitals am jetzigen Standort. Dreiviertel sprechen sich für ersteres aus, beinahe 90 Prozent für letzteres (Anteil ‚ja‘ und ‚eher ja‘).

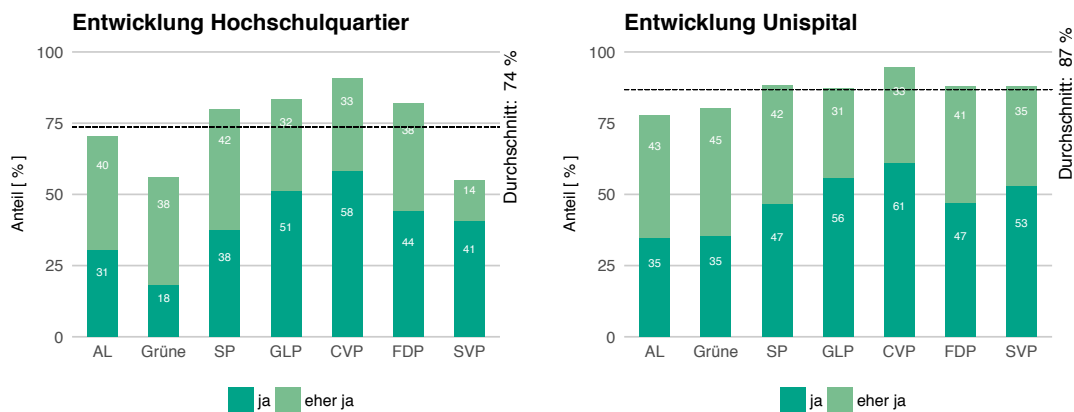


Abbildung 46: Haltung der Stadtbevölkerung zur Weiterentwicklung des Hochschulquartiers und des Unispitals in Zürich nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Die Entwicklung und damit auch bauliche Verdichtung des Hochschulquartiers ist bei der aktiven Stimmbevölkerung Zürichs etwas stärker umstritten als die Modernisierung des Universitätsspitals. Ein Teil der Befragten lässt dabei offenbar ausser Acht, dass eine Modernisierung des Spitals nur bei einer Entwicklung des Hochschulquartiers zu haben ist.

Eine starke prinzipielle Zustimmung zum Universitätsspital zeigt sich im ganzen politischen Spektrum. Einzige AL- und Grüne-Wählende haben eine etwas tiefere Zustimmung, liegen aber immer noch über 75 Prozent. Bei der Frage nach dem Hochschulquartier zeigt sich eine starke ideologische Differenzierung. Hier fällt insbesondere die Skepsis bei der Basis der Grünen und der SVP auf. Während 74 Prozent aller Stimmenden ja oder eher ja zur Weiterentwicklung des Hochschulquartiers sagen, sind es bei diesen beiden Gruppen nur jeweils knapp über 50 Prozent. Es zeichnet sich hier eine bipolare Opposition ab. Zum einen existieren offenbar ökologische Bedenken gegen eine Nutzenintensivierung, zum andern lässt sich eine konservative Opposition gegen die Expansion des Hochschulstandorts ausmachen.

Wie die Auswertung nach Bildungsabschluss zeigt, deutet sich bislang nur ein leichter Bildungseffekt an. Personen mit schul- oder universitätszentrierter Bildung sind eher für die Erneuerung des Hochschulquartiers als Personen mit einer berufsorientierten Bildung, die Unterschiede sind jedoch eher gering.

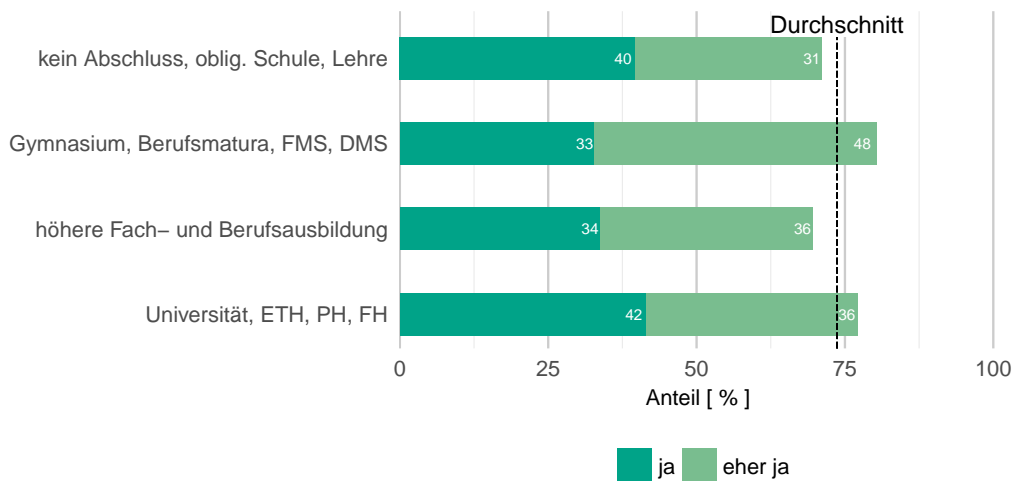


Abbildung 47: Haltung der Stadtbevölkerung zur Weiterentwicklung des Hochschulquartiers in Zürich nach höchster abgeschlossener Bildungsstufe

Öffentliche Dienste

Spitäler

Nutzung privater Pflegeeinrichtungen

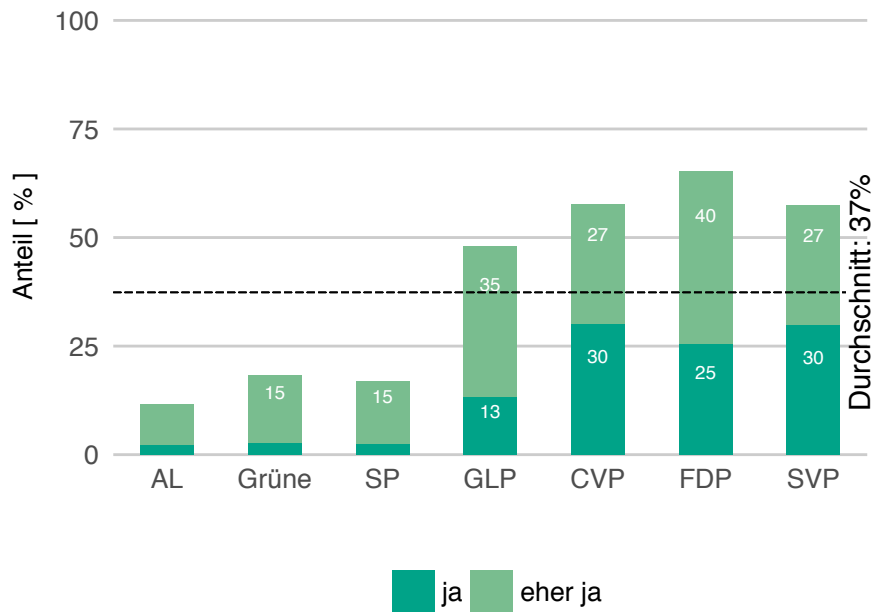


Abbildung 48: Soll die Stadt vermehrt auf Angebote privater Pflegeeinrichtungen setzen, bevor das städtische Bettenangebot ausgebaut wird?

Die Haltung zur Nutzung privater Pflegeeinrichtungen anstelle eines Ausbaus des städtischen Bettenangebotes ist auf der linken politischen Seite ablehnend, auf bürgerlicher Seite hingegen zustimmend. Die klarste Befürwortung ist bei den FDP-Wählern zu finden. Insgesamt aber findet die vermehrte Nutzung privater Einrichtungen derzeit keine Mehrheit, der Anteil derer, die eher oder klar zustimmen liegt bei 37 Prozent.

Ausgliederung von Stadtspitälern aus Verwaltung

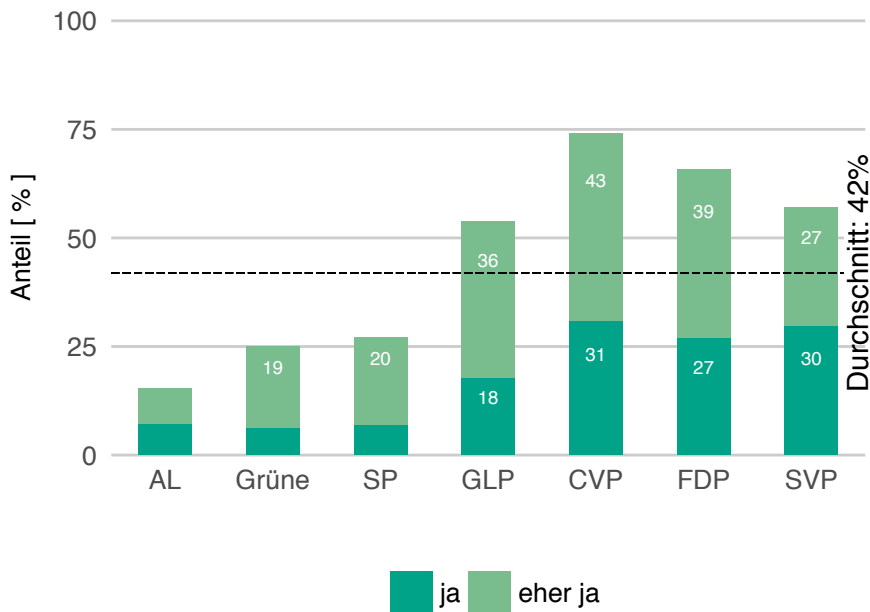


Abbildung 49: Sollen die Stadtspitäler aus der Verwaltung ausgegliedert werden?

Die Zustimmung der Parteiwählerschaften zur Frage nach der Ausgliederung der Stadtspitäler Waid und Triemli aus der städtischen Verwaltung gleicht stark derjenigen der Nutzung privater Pflegeeinrichtungen. Insgesamt befürworten 42 Prozent eine Privatisierung der Stadtspitäler, wobei wiederum die Wähler bürgerlicher Parteien dem Anliegen zustimmen und die linken Wähler eine ablehnende Haltung einnehmen.

Kinderbetreuungsangebot

Bei der Benennung der wichtigsten Probleme im Problembarmeter nahm die Frage der Kinderbetreuung keinen zentralen Platz ein. Nur 11 Prozent der Stadtzürcher sahen darin eines der Top-drei-Probleme. Werden die Stimmberechtigten jedoch direkt gefragt, geben 50 Prozent an, dass es kein ausreichendes Angebot an Tageschulen in der Stadt Zürich gäbe. Nur jede und jeder Vierte erachtet das Angebot als ausreichend. Etwas weniger negativ fällt das Urteil in Bezug auf Kinderkrippen aus. Hier finden 41 Prozent, dass es zu wenig davon gäbe – knapp 30 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Dies zeigt, dass Kinderbetreuung zwar für viele kein prioritäres Problem ist, dass jedoch

bei Nachfrage durchaus Nachholbedarf, insbesondere bei den Tagesschulen, gesehen wird.

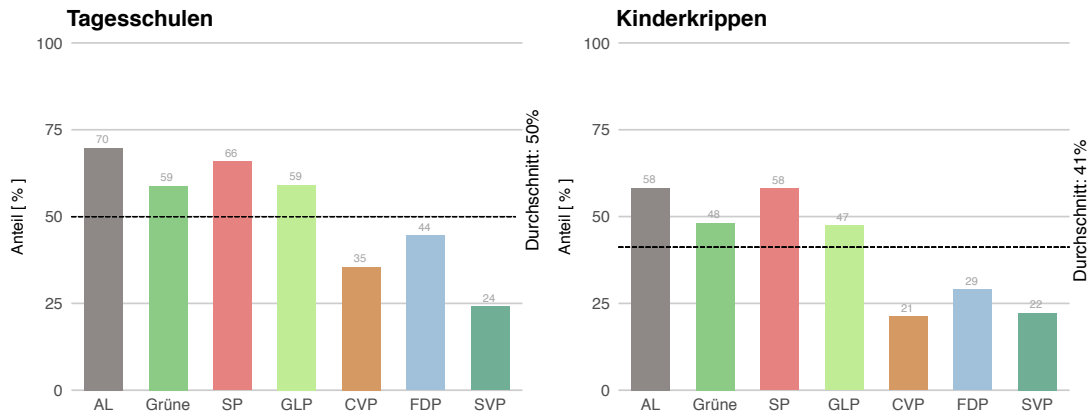


Abbildung 50: Unzureichendes Angebot an Tagesschulen (links) und Kinderkrippen (rechts) nach Wahlentscheid bei den Zürcher Gemeinderatswahlen

Anhänger der bürgerlichen Parteien sind überdurchschnittlich oft der Ansicht, das Angebot sei ausreichend, wobei die FDP jeweils nur knapp über dem Durchschnitt ist, die CVP-Wähler dagegen sehr deutlich. Hier zeigt sich offenbar das unterschiedliche Familienbild und Rollenverständnis der Parteisympathisanten.



Abbildung 51: Unzureichendes Angebot an Tagesschulen (links) und Kinderkrippen (rechts) nach Personen in Haushalten mit und ohne Kinder

Es erstaunt nicht, dass das Betreuungsangebot von Personen mit Kindern im eigenen Haushalt kritischer beurteilt wird als von Personen ohne Kinder. Unterschiede zeigen sich jedoch vor allem bei der Frage der Tagesschulen. Hier halten 72 Prozent der Personen mit Kindern das Angebot für mangelhaft im Vergleich zu 45 Prozent der Personen ohne Kinder. Bei der Frage nach dem Mangel an Kinderkrippen unterscheiden sich die beiden Personenkreise dagegen nur wenig – nämlich mit 48 zu 41 Prozent. Dies zeigt, dass in der Haltung zu Kinderkrippen eher die politische Grundeinstellung zum Ausdruck kommt, bei den Tagesschulen die direkte Betroffenheit dagegen eine

weit grössere Rolle spielt. Bei letzterem handelt es sich offenbar tatsächlich um einen auch von den Betroffenen wahrgenommenen Mangel.

Finanzierung der Kinderbetreuung

Wie soll die Kinderbetreuung finanziert werden? Eine Mehrheit von 56 Prozent denkt, die Kinderbetreuung sollte gänzlich (14%) oder wenigstens mehrheitlich (42%) von den Eltern finanziert werden. 37 Prozent erachten eine mehrheitliche staatliche Finanzierung als richtig, und 7 Prozent eine ausschliesslich staatliche Finanzierung.

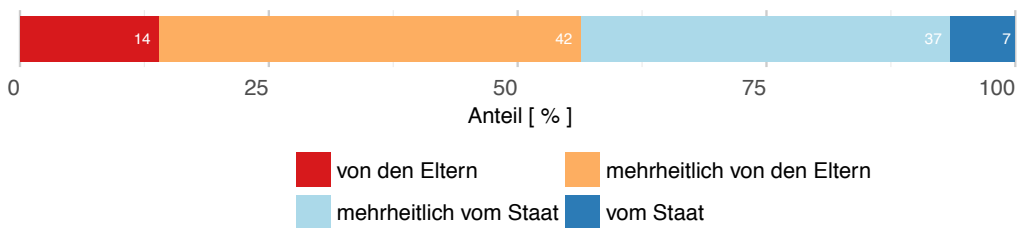


Abbildung 52: Finanzierung der Kinderbetreuung

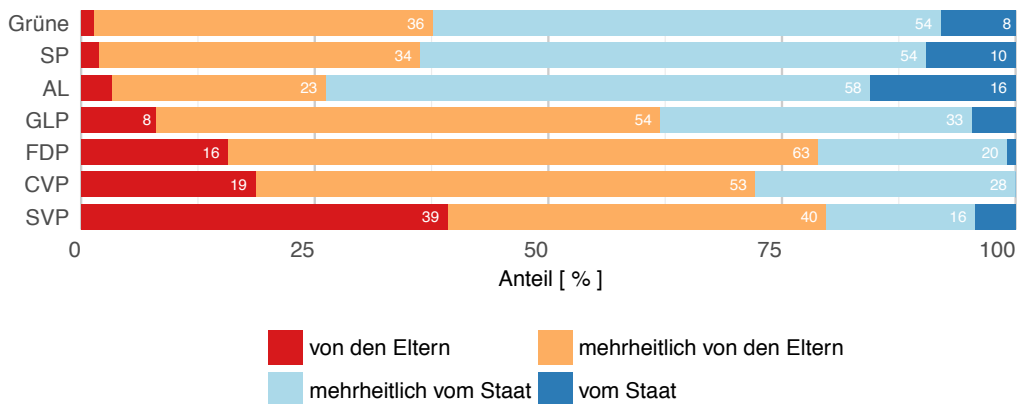


Abbildung 53: Finanzierung der Kinderbetreuung nach Wahlentscheid bei den Gemeinderatswahlen

Je nach Parteivorliebe unterscheidet sich die Ansicht, wie die Kinderbetreuung finanziert werden sollte. Auf der linken Seite überwiegt erwartungsgemäss die Haltung, der Staat solle für die Finanzierung aufkommen. 63 Prozent der FDP-Wähler dagegen sagen, dass die Finanzierung mindestens mehrheitlich von den Eltern übernommen werden

sollte. Am deutlichsten für eine private Finanzierung sind die SVP-Wähler. Fast 80 Prozent gehen von einem Primat der privaten Finanzierung aus. Davon sprechen sich immer 39 Prozent für eine ausschliessliche Bezahlung durch die Eltern aus.

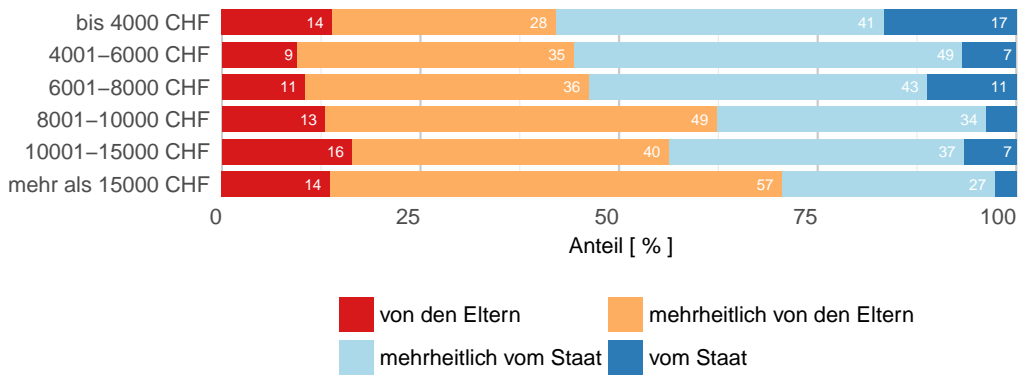


Abbildung 54: Finanzierung der Kinderbetreuung nach Einkommensklassen

Personen mit höheren Einkommen sehen die Verantwortung eher bei den Eltern als beim Staat. Dagegen führt Kinderreichtum eher zur gegenteiligen Perspektive: Je mehr Personen der eigene Haushalt umfasst, desto grösser ist der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, die Kinderbetreuung müsse vollumfänglich vom Staat finanziert werden.

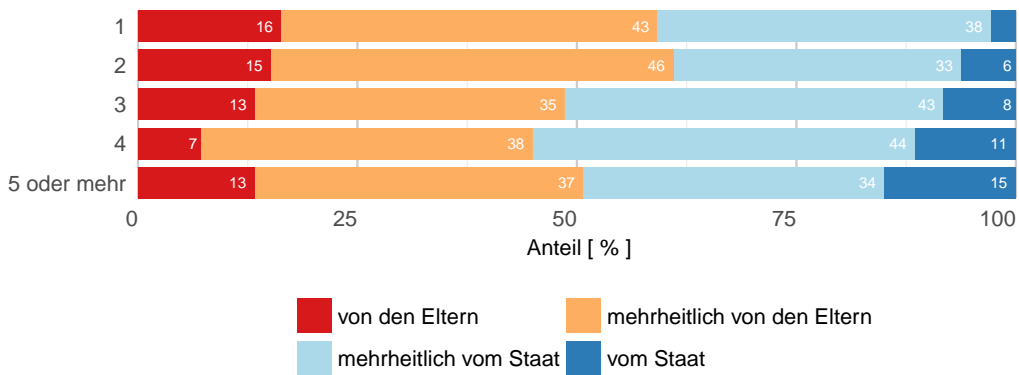


Abbildung 55: Finanzierung der Kinderbetreuung nach Haushaltsgrösse

Bewertung der Polizei

Bei der Bewertung der Polizei öffnet sich ein Stadt-Land-Graben. Während 60 Prozent der Befragten aus der Stadt Zürich der Meinung sind, dass die Polizei ihren Aufgaben gewachsen ist, sind 54 Prozent des gesamten Kantons nicht dieser Meinung. Besonders viele sehen dabei einen Personalmangel als vordringliches Problem an. Dazu passt die Forderung nach Mehrausgaben bei der Polizei, die eine knappe Mehrheit der Befragten des Kantons verlangt (vgl. Kapitel zu ‚Finanzen und Budget‘). Ein substantieller Teil gibt zudem an, die Polizei leide unter Führungsschwäche. Hier sind die Unterschiede zwischen Stadt und Kanton geringer. Die Befragten aus der Stadt hatten dabei wahrscheinlich die Antwort primär auf die Stadtpolizei, jene aus dem übrigen Kanton auf die Kantonspolizei bezogen. Die fehlende Spezifizierung des Polizeikorps in der Befragung relativiert jedoch die Aussagekraft dieser Antwort. Offensichtlich kein Problem, weder in der Stadt noch im Kanton, wird bei der Ausrüstung der Polizei verortet.

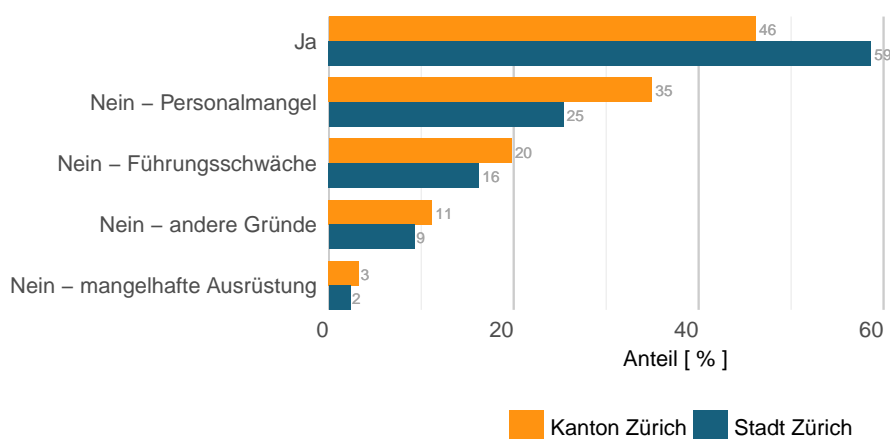


Abbildung 56: Ist die Polizei ihren Aufgaben gewachsen? Stadt und Kanton im Vergleich

Sowohl in der Stadt wie im Kanton ist nur eine Minderheit mit der Befragten mit der Prioritätensetzung zufrieden. Während im Kanton nur 37 Prozent zufrieden sind, sind es in der Stadt immerhin 45 Prozent. Auf welche Weise die Polizei ihre Prioritäten anders setzen soll, unterscheidet sich beträchtlich zwischen Stadt und Kanton. Im Kanton finden 33 Prozent die Polizei müsse härter durchgreifen muss. Dies tun jedoch nur 20 Prozent der Stadtzürcher. Diese wünschen dafür vermehrt ein sanfteres Vorgehen der Ordnungshüter: 26 Prozent finden hier die Polizei sei zu wenig ‚Freund und Helfer‘. Im Kanton finden dies 24 Prozent. Es zeigt sich also ein Stadt-Land-Gegensatz: Die Städter wollen eher eine weichere, die übrigen Zürcher eher eine härtere Gangart der

Polizei. Insgesamt finden sich jedoch überall beide, sich widersprechenden Anliegen vertreten.

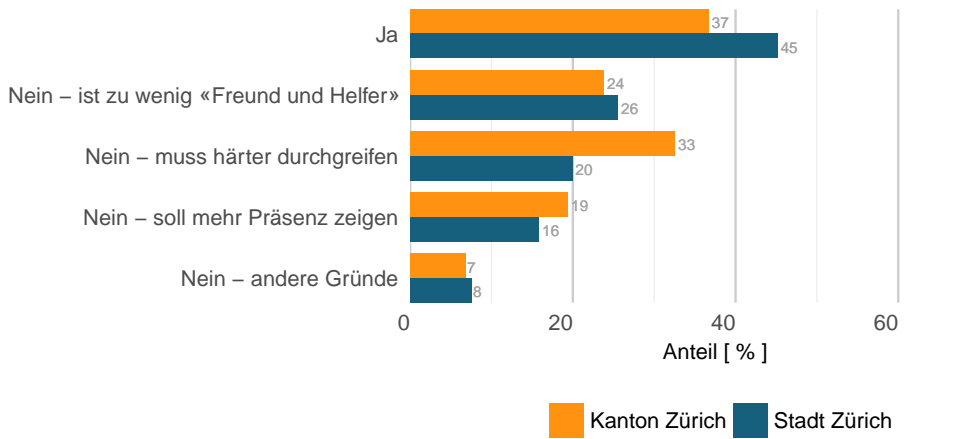


Abbildung 57: Setzt die Polizei die richtigen Prioritäten? Stadt und Kanton im Vergleich

Haltung zur Polizei nach Parteien

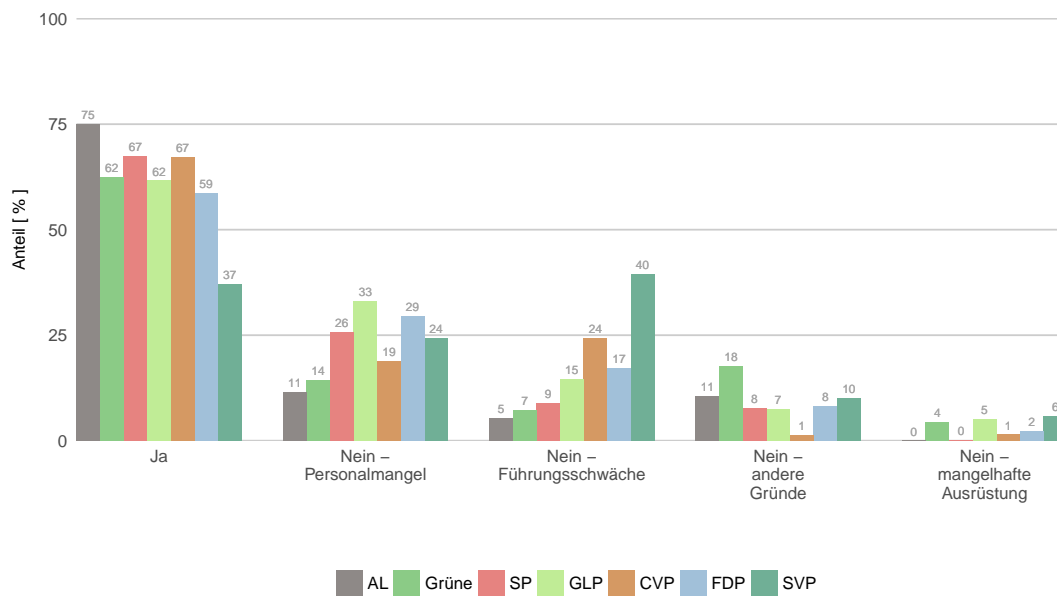


Abbildung 58: Ist die Polizei ihren Aufgaben gewachsen? Nach Parteianhängerschaften

Bei der Betrachtung nach Parteien sticht vor allem die SVP heraus – deren Wähler gehen von einer Führungsschwäche bei der Polizei aus. Und während bei allen anderen Parteien die grosse Mehrheit der Wähler die Polizei als ihren Aufgaben gewachsen wahrnimmt, ist dies bei den SVP-Wählern deutlich seltener der Fall.

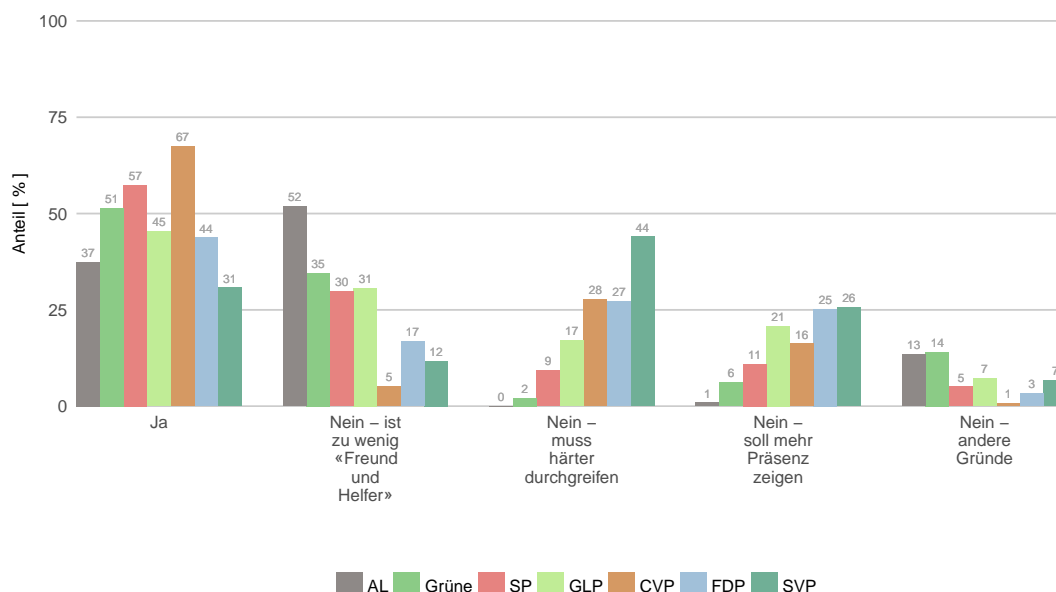


Abbildung 59: Setzt die Polizei die richtigen Prioritäten? Nach Parteianhängerschaften

AL-Wähler beurteilen die Polizei häufig als zu wenig hilfsbereit, SVP-Wähler dagegen sind der Ansicht, dass die Polizei härter durchgreifen sollte. Auch die anderen linken Wähler, die finden die Polizei setze nicht die richtigen Prioritäten, hätten gerne eine freundlichere Polizei. CVP-, GLP- und vor allem FDP- und SVP-Wähler wünschen sich mehr Polizei-Präsenz.

Räumung von Hausbesetzungen

Insgesamt sind sowohl die Stadtzürcher als auch die Kantonsbevölkerung der Meinung, dass besetzte Liegenschaften von der Polizei geräumt werden sollen, wenn die Hauseigentümer das verlangen. Im gesamten Kanton fällt die Meinung mit 79 Prozent «ja» oder «eher ja» etwas höher aus als in der Stadt Zürich, wo der entsprechende Wert 70 Prozent beträgt.

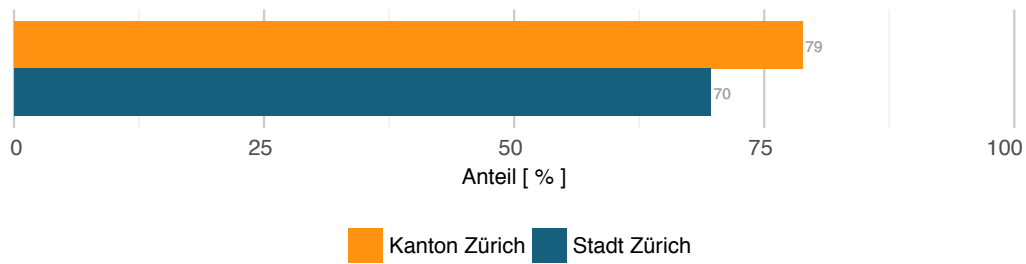


Abbildung 60: Räumung besetzter Häuser durch Polizei, Stadt und Kanton im Vergleich

Bei den linken Parteianhängerschaften fällt die Zustimmung zur Hausbesetzungs-Räumung tiefer aus als bei den bürgerlichen Parteien. Aber auch die SP-Wähler stimmen der Forderung mit immerhin 54 Prozent zu. Unter 50 Prozent Zustimmung liegen bloss die AL- und Grünen-Wähler. Am deutlichsten ist die Ablehnung bei den AL-Wählern, wo nicht einmal jeder Dritte diesem Anliegen zustimmt. Die CVP-Wählerschaft ist beinahe geschlossen für eine Räumung der Liegenschaften.

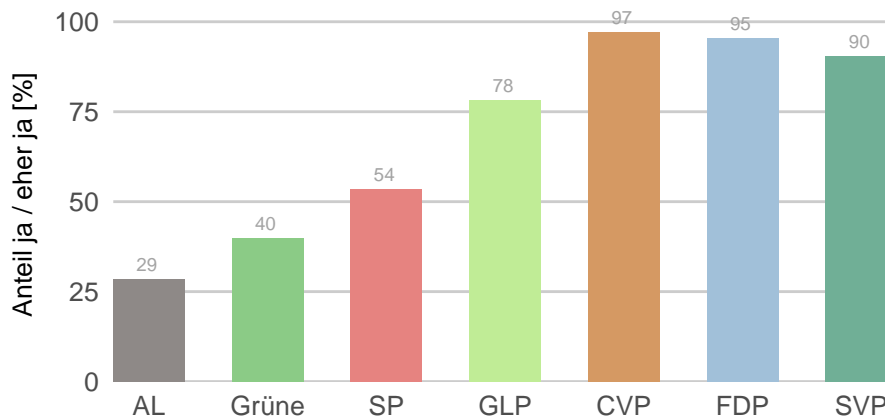


Abbildung 61: Räumung besetzter Häuser durch Polizei, nach Parteianhängerschaften

Politikerinnen und Politiker: Bekanntheit und Zufriedenheit

Die Stadtzürcher und Stadtzürcherinnen wurden gefragt, wie zufrieden sie mit der Arbeit der neun Stadtratsmitglieder sind. Sodann wurden auch nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierungsratsmitglieder gefragt. Hierzu konnten alle Stimmberechtigten des Kantons Zürich äussern.

Stadtrat

Bekanntheit und Zufriedenheit

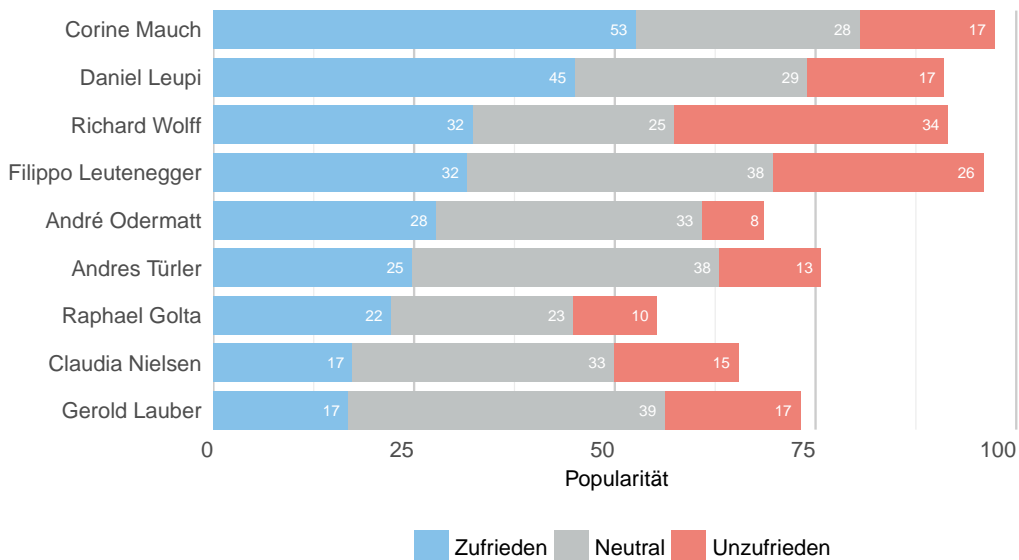


Abbildung 62: Bekanntheit und Beliebtheitswerte der Stadträte

Das bekannteste Stadtratsmitglied ist die Stadtpräsidentin Corine Mauch, die 97 Prozent der Befragten bekannt ist. An zweiter Stelle folgt Filippo Leutenegger (FDP) mit einem praktisch gleich hohen Bekanntheitsgrad von 96 Prozent. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass diese Werte sich auf die aktiven Stimmberechtigten beziehen. Bei Personen, die sich nicht aktiv an Wahlen und Abstimmungen beteiligen, wären deutlich tiefere Werte zu erwarten. Den geringsten Bekanntheitswert erzielt Raphael Golta, der bloss 55 Prozent der Befragten bekannt ist. An zweitletzter Stelle steht Claudia Nielsen, die von 65 Prozent wieder erkannt wird.

Mauch und Leutenegger sind die bekanntesten Stadtratsmitglieder. Was die Beliebtheit betrifft, so unterscheiden sich die beiden aber deutlich: Mit Mauch ist mehr als jede zweite Person (53%) zufrieden, bei Leutenegger dagegen nur knapp ein Drittel (32%). Einen noch höheren Unzufriedenheitswert erreicht der Polizeidepartementsvorsteher Richard Wolff: 34 Prozent der Stadtzürcher Befragten sind mit ihm unzufrieden. Zugleich sind aber 32 Prozent zufrieden. Damit erreicht dieser polarisierende Politiker den dritten Rang.

Die Zufriedenheitswerte korrelieren stark mit der Parteipräferenz der Befragten. (Siehe: Zufriedenheit mit Politiker nach Particouleur).

Polarisierung

Die nachfolgende Abbildung stellt Unzufriedenheits- und Zufriedenheitswerte der Stadtratsmitglieder gegenüber. Bei Mitgliedern rechts der Diagonalen überwiegen die Zufriedenen, bei jenen links der Diagonalen die Unzufriedenen, während der Umfang der Kreise den Anteil derer widerspiegelt, die zum abgefragten Exekutivmitglied eine neutrale Haltung haben. Am stärksten polarisiert Richard Wolff: Zwei Drittel der Befragten nehmen dezidiert Stellung zu seiner Arbeit als Polizeichef, wobei sich Zufriedene und Unzufriedene etwa die Waage halten. André Odermatt ist am anderen Ende der Polarisierungsskala: Einem knappen Drittel der Befragten (31%) ist er unbekannt und ein weiteres Drittel will sich bei ihm nicht festlegen. Von jenen aber, die sich substantziell zu seiner Arbeit äussern, sind die meisten zufrieden.

Parteien

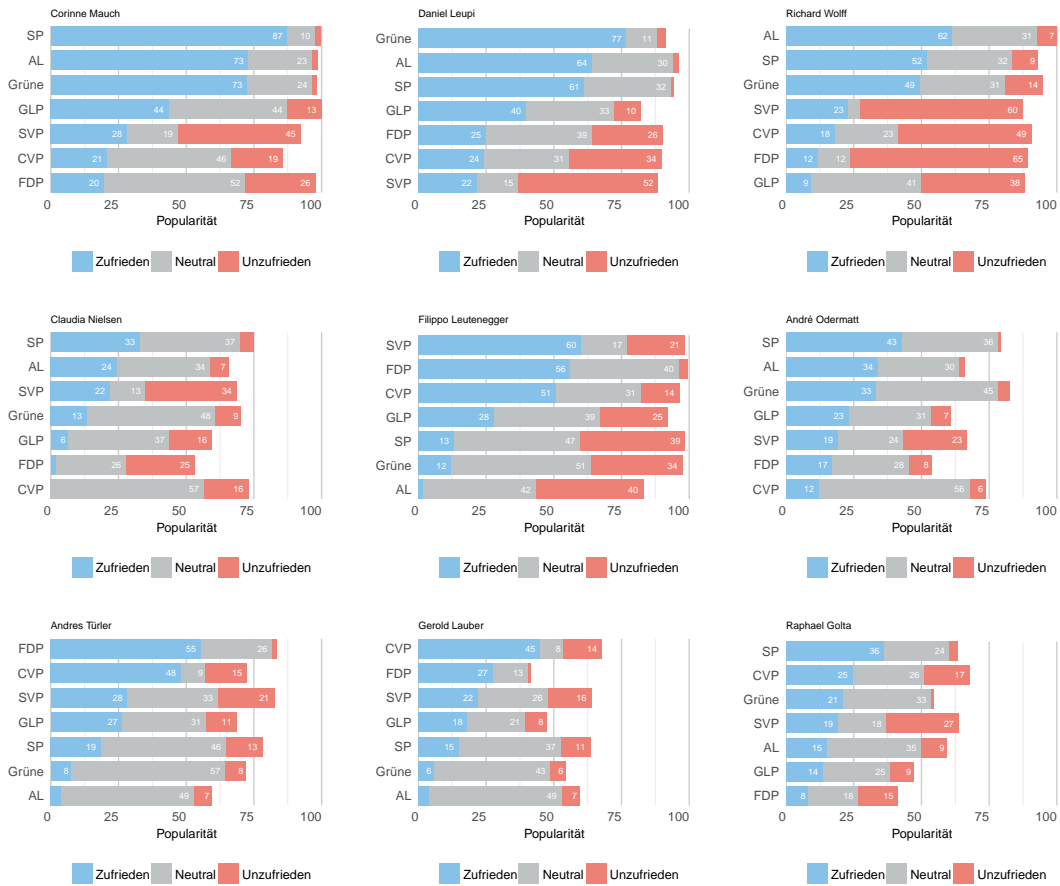


Abbildung 64: Bekanntheit und Beliebtheitswerte der Stadträte nach Parteisympathie

Regierungsrat

Bekanntheit und Zufriedenheit

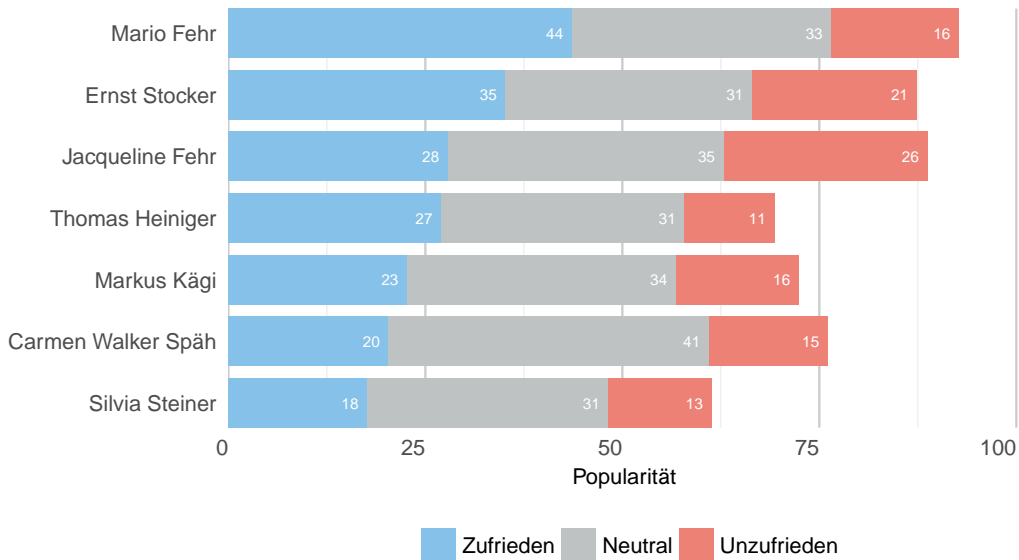


Abbildung 65: Beliebtheit der Zürcher Regierungsräte

Mario Fehr (SP) ist der bekannteste Regierungsrat Zürichs. 92 Prozent der befragten Personen geben an, seinen Namen zu kennen. An zweiter Stelle folgt seine Parteikollegin Jacqueline Fehr (SP), die mit einem Bekanntheitsgrad von 89 Prozent knapp vor dem SVP-Regierungsrat Ernst Stocker (87%) liegt. In der Zufriedenheit liegt Stocker aber 7 Prozentpunkte vor Jacqueline Fehr. Den Spitzenwert erreicht aber auch hier Mario Fehr, mit dessen politischer Arbeit 44 Prozent der aktiven Zürcher Stimmberechtigten zufrieden sind. Am wenigsten eckt der FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger an, mit dem nur 11 % nicht zufrieden sind. Am indifferentesten sind die Befragten bei Carmen Walker Späh (FDP). 40 Prozent haben eine neutrale Meinung zu ihr.

Polarisierung

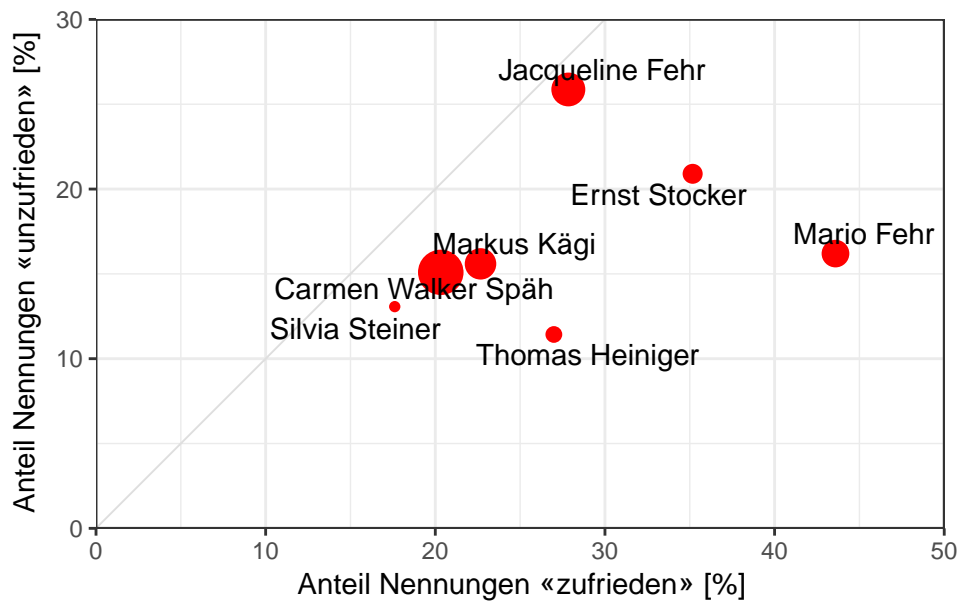


Abbildung 66: Gegenüberstellung Zufriedenheit und Unzufriedenheit der Zürcher Regierungsräte

Die am meisten polarisierende Politikerin des Regierungsrates ist Jacqueline Fehr, die zwar in der Zufriedenheit an dritter Stelle steht, zugleich aber den höchsten Unzufriedenheitswert erzielt.

Parteien

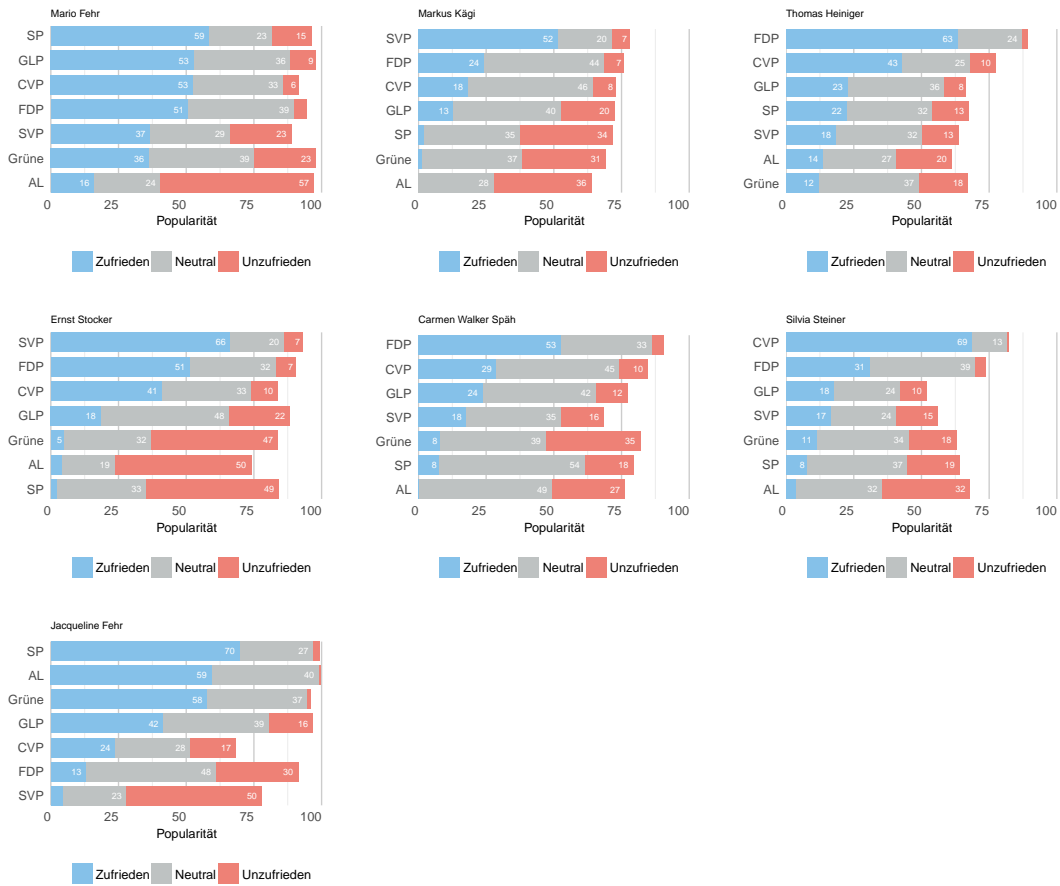


Abbildung 67: Beliebtheit der Zürcher Regierungsräte nach Parteisympathie

Methodik

Die Stichprobe

Die Daten der Umfrage für das Zürcher Politbarometer im Auftrag des Forum Zürich wurden zwischen dem 31. Januar und dem 5. Februar 2017 erhoben. Insgesamt haben sich 3789 Personen beteiligt. 2916 konnten für die Auswertung verwendet werden. Davon wurden 1388 über die Webseite der NZZ und 1509 über das Befragungs-Panel von sotomo rekrutiert. 1281 Befragte sind in der Stadt Zürich stimmberechtigt.

Grundgesamtheit

An der vorliegenden Befragung haben sich grossmehrheitlich Personen beteiligt, die an Wahlen und Abstimmungen regelmässig teilnehmen. Entsprechend erfolgte repräsentative Gewichtung (siehe unten) für die aktiven Stimmberechtigten des Kantons bzw. der Stadt Zürich. Zu den Gewichtungsmerkmalen gehören Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnregion sowie politische Merkmale. Die Aussagen dieser Studie beziehen sich folglich auf die Stimmberechtigten, die regelmässig an die Urne gehen. Es sind jene, die für politische Entscheide massgeblich sind. Nicht abgebildet sind jedoch die politischen Ansichten der «schweigenden Mehrheit» – so sie denn eine haben. D.h. alle Befragungsgegenstände, wie etwa die Bekanntheit von Politiker und Politikerinnen, beziehen sich nur auf die aktiven Stimmberechtigten und nicht die gesamte Stimmbevölkerung oder gar die Gesamtbevölkerung

Repräsentative Gewichtung

Bei der vorliegenden Umfrage handelt es sich um eine Befragung, bei der sich die Teilnehmer selbst rekrutierten (opt-in online survey). Weil diese Stichprobe selbst nicht repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit ist, wurde sie gewichtet. Diese Gewichtungen gewährleisten eine hohe politische und soziodemographische Repräsentativität der Stichprobe für die aktive Stimmbevölkerung Zürichs. Der Stichprobenfehler ist ein Mass, das die Ungenauigkeit von Stichprobenziehungen ausweist. Da im vorliegenden Fall die Repräsentativität durch Gewichtung hergestellt wurde, lässt sich dieses Mass nicht anwenden. Die Fehlerspanne dieser Umfrage ist vergleichbar mit einer repräsentativen telefonischen Umfrage.